Einzelnummer 30 Pfg.

# Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg. Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 127 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug 4.50 Mk., oder 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Einsendung des Bezugspreises auf das Postscheckkonto trägt der Verlag die Bestellgebühren. | Halle, Mittwoch, den 2. Juni 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 60 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 2.50 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang.

# Was ist erreicht?

**Konservative von rechts und Scheinrevolutionäre von links behaupten in trauter Gemeinschaft, daß das neue Deutschland, wie es nach dem verlorenen Weltkrieg und nach der Revolution erstanden ist, nur Elend brächte, aber keine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand.**

**Es ist notwendig, demgegenüber einige Tatsachen sich zu merken und den Gleichgültigen einzuhämmern.**

## Wir hatten und haben:

### Vor der Revolution:

22 Monarchen.

Einen Reichstag, der so gut wie nichts zu sagen hatte.

Wahlrecht zum Reichstag nur für Männer über 25 Jahre.

Dreiklassen- oder Pluralwahlrecht zu den Landesparlamenten.

Der Reichstag wurde bei Konflikten zwischen Regierung und Parlament aufgelöst und heimgeschickt.

Abstimmung über die Regierungspolitik nur alle 5 Jahre.

Im Arbeitsverhältnis: „Herrentum im Hause" der Industriegewaltigen.

Tägliche Arbeitszeit von 10, 11 und 12 Stunden.

Politische Unfreiheit aller Abhängigen, besonders der Beamten.

Koalitionsverbote und Strafbestimmungen.

Belastung der breiten Masse durch indirekte Steuern und Zölle auf Nahrungsmittel.

### Nach der Revolution:

Keine Monarchen.

Einen Reichstag, der die höchste Gewalt des Volkes darstellt.

Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre.

Gleiches Verhältniswahlrecht für Reich, Staat und Gemeinde.

Die Regierung muß zurücktreten, wenn die Volksvertretung es fordert.

Wahlen zum Reichstag alle 4 Jahre, außerdem Volksentscheid über Gesetzentwürfe, Volksbegehr und direkte Wahl des Reichspräsidenten.

Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Betriebsräte und Tarifinstanzen.

Gesetzlicher Achtstundentag.

Politische Freiheit für jedermann.

Anerkennung der Gewerkschaften als Berufsvertretung für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Aufbringung der Reichslasten hauptsächlich durch direkte Steuern auf Vermögen, Kriegsgewinn, Einkommen.

**Trotz des ungeheueren wirtschaftlichen Zusammenbruchs, den der Weltkrieg und seine Verlängerung durch die Alldeutschen herbeigeführt, hat die Deutsche Republik unter sozialdemokratischer Führung ungeahnte Fortschritte in politischer Beziehung gebracht und große Verbesserungen in wirtschaftlicher Beziehung angebahnt.**

**Diese Fortschritte auszubauen und zu vertiefen ist die Aufgabe der nächsten Zukunft. Wer das Volk nicht in alte Knechtschaft zurückführen und nicht durch putschistische Experimente alle Errungenschaften gefährden will, gibt seine Stimme am 6. Juni der Sozialdemokratie, der Liste**

# Krüger — Waentig — Wiegand.

### Noch eine Treuerklärung.

WTB. Stettin, 1. Juni. Der Oberpräsident der Provinz Pommern und der Befehlshaber des Wehrkommandos II erklären in einer Kundgebung an die Bevölkerung von Pommern das durch Putschgerüchte verursachte Mißtrauen für unbegründet. Sie würden die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff schützen.

### Die Konferenz in Spa.

WTB. Paris, 1. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" versichert trotz aller gegenteiligen Behauptungen die Konferenz von Spa werde doch auf den Monat Juli verschoben.

### Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 31. Mai. In seiner Rede in Hannover hat der frühere Staatsminister Helfferich und nach ihm zahlreiche Redner der Deutschnationalen Volkspartei, als letzter der frühere Staatsminister Dr. Hergt in München, die Behauptung aufgestellt, daß die Entente neben dem inzwischen unterschriebenen Friedensvertrag noch einen zweiten, weitaus milderen in Vorbereitung gehabt hätte. Dieser letztere hätte unter anderem eine Besetzung im Westen nur auf 18 Monate und keinerlei Besitzergreifung des Saargebiets vorgesehen. Herr Helfferich hat als Quelle dieser Neuigkeit das Mitglied des Ministeriums Clemenceau, Herrn Tardieu, angegeben. Es wird hiermit festgestellt, daß keinerlei Publikationen, weder von Herrn Tardieu, noch von einem anderen Mitglied eines Ententeministeriums existieren, in denen das Märchen von einem solchen zweiten Friedensvertrag erzählt wird, daß also die ganze abenteuerliche Geschichte in das Reich der Wahlfabeln gehört. Wie diejenigen zu beurteilen sind, die auf diesem bitterernsten Gebiet mit Erfindungen arbeiten und solchen Schwindel weiterverbreiten, sei dem Urteil eines jeden einzelnen Deutschen überlassen.

### Stillstand der russischen Offensive.

Kopenhagen, 1. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Generalstab: Längs der Eisenbahnlinie von Polotsk in der Richtung nach Südwesten werden die Angriffe der Bolschewisten schwächer infolge der erlittenen großen Verluste und ihres Mangels an Proviant und Kriegsmaterial. Ein neuer Versuch der Bolschewisten, die Beresina zwischen Borissow und Bobruschk zu überschreiten, ist gescheitert. Zwei Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision, denen es gelungen war, das Westufer des Flusses zu erreichen, wurde bei Jakoszyce umringt und vernichtet. Wir machten über 2000 Gefangene. Der Rest der bolschewistischen Truppen flüchtete in wildester Panik über die Beresina zurück. Beim Dnjester haben wir mit dem ukrainischen Heer alle Angriffe abgeschlagen und einen kräftigen Gegenangriff eingeleitet, bei dem wir die Städte Zabokrzyky und Obodowka einnahmen.

# Die Zutreiber der Deutschnationalen.

**Die „Freiheit" Arm in Arm mit der Reaktion.**

Im achten der acht Punkte, mit denen der März-Generalstreik zum Abschluß gekommen ist, wird die Auflösung der gegenrevolutionären Truppenteile und ihre Ersetzung durch Formationen aus republikanisch zuverlässigen Kreisen, insbesondere der organisierten Arbeitnehmerschaft, gefordert. Mit der Ausführung dieses Punktes ist es aus verschiedenen Gründen nicht so glatt gegangen, wie damals gehofft und im Interesse der Republik gewünscht wurde. Neben den technischen Schwierigkeiten, dem Widerstand der Entente, der stillen Sabotage untergeordneter Organe ist es insbesondere die Organisierung der offenen Auflehnung gegen die Auflösung bei den besonders gegenrevolutionären Freikorps, die der Erfüllung jener berechtigten Forderung der Arbeiterschaft im Wege steht. Und nicht nur die Freikorps wollen sich, unter dem Einfluß des Frontbundes, nicht auflösen lassen, sondern auch der Nationalverband deutscher Offiziere hat beschlossen, über den Bestand der vorhandenen Formationen hinaus Offizierskompagnien zu schaffen, sobald „die Umstände dies erscheinen lassen". Wiederholt ist die Regierung aus den Reihen der Arbeiterbewegung heraus aufgefordert worden, gegen diese planmäßige Organisierung eines neuen Rechtsbruches zu entschiedenen Maßnahmen zu greifen.

Jetzt hat der Reichspräsident eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung herausgegeben, die die Verleitung zum Widerstand gegen die Auflösung aufgelöster Verbände und die eigenmächtige Aufstellung bewaffneter Formationen Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren androht. Zur Aburteilung von Verstößen, die sich gegen diese Verordnung richten, sollen außerordentliche Gerichte eingesetzt werden, so daß militärische Meuterer der ihnen meist gar nicht so unangenehmen Gerichtsbarkeit der Kriegsgerichte entzogen sind.

Daß die deutschnationale Presse gegen diese Verordnung Gift und Galle speit, ist nur selbstverständlich. Was soll man aber dazu sagen,

**daß die unabhängige „Freiheit" in genau dieselbe Tonart verfällt und einen wahren Brandartikel gegen die Verordnung veröffentlicht,**

die doch nur der Ausführung dessen dient, was von der „Freiheit" unzähligemale gefordert worden ist. Ganz im Ton der deutschnationalen Presse erklärt die „Freiheit", die Verordnung des Reichspräsidenten sei ein nackter Willkürakt, der alles bisherige auf diesem Wege übertreffe und den sie nicht gutheißen dürfe, auch wenn er sich gegen Baltikumer und ähnliche Elemente richte.

Die Berliner unabhängige „Freiheit" produziert sich damit, in ihrer neuesten Rolle als Schutzengel der Baltikumer und der übrigen konterrevolutionären Truppenteile und Offiziere. Sie unterstützt die deutschnationale Presse in ihrer Behauptung, daß jene Verordnung einen Willkürakt darstelle, obwohl das Recht des Reichspräsidenten, sie zu erlassen, nach der Verfassung unzweifelhaft feststeht. Ueberdies wird die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen, die Teilnahme an geheimen Verbindungen und an solchen, zu deren Zwecken die Verhinderung behördlicher Maßnahmen gehört, von dem Gesetz sowieso mit Strafe bedroht. Dies wird durch die Verordnung des Reichspräsidenten in Erinnerung gebracht und außerdem werden, angesichts der drohenden Putschgefahr von rechts, die Strafandrohungen noch verschärft. Durch die Schaffung außerordentlicher Gerichte werden die Kriegsgerichte, deren Fortbestehen die Deutschnationalen in der letzten Sitzung der Nationalversammlung durch Obstruktion retteten, an einem Punkte ausgeschaltet, wo ihr Wirken besonders gefährlich werden könnte. Wenn die „Freiheit" gegen die Einsetzung außerordentlicher Gerichte tobt, so macht sie sich damit auch zur Beschützerin der sonst von ihr so hart befehdeten Militärgerichte.

Die „Freiheit" schreibt zum Schluß, die Verordnung habe nicht den richtigen Weg beschritten, das Heer müsse von allen reaktionären Elementen befreit und die Arbeiterschaft müsse bewaffnet werden. Wie man das aber in der Praxis durchführen soll, das zu sagen, ist sie nicht so gütig. Die Waffen, die man der Arbeiterschaft geben könnte, befinden sich zurzeit in den Händen der Freikorps und anderer unzuverlässiger Formationen. Die aber weigern sich, sich aufzulösen und die Waffen herzugeben. Versucht man nun mit der Auflösung und der Waffenlieferung ernst zu machen und mit Maßnahmen vorzugehen, die einigermaßen einschneidend sind, so erhebt die unabhängige „Freiheit" darüber ein großes Wehgeschrei und verstärkt damit den Chorus der deutschnationalen Presse, die sehr genau weiß, was sie will, während die „Freiheit" offenbar durchaus nicht weiß, was sie eigentlich will.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200602-11/fragment/page=0001

**Der Fall der „Freiheit" zeigt aufs neue, wie unwertlich unmöglich die Methoden der Unabhängigen sind. Es kommt ihnen nicht darauf an, etwas zu erreichen, sondern nur darauf, alles herunterzureißen. Wenn sie dabei in die Gesellschaft der Deutschnationalen geraten, und der militaristischen Reaktion geradewegs Unterstützung leihen, so macht sie das nicht im allermindesten stutzig. Das ist ein Benehmen, wie von unvernünftigen kleinen Kindern, nicht aber wie von erwachsenen Menschen, die wissen, was sie wollen.**

**Die unabhängige Presse schützt Baltikumer, Frontbund, Nationalverband der Offiziere und Kriegsgerichte gegen einen Versuch des sozialdemokratischen Reichspräsidenten, diesen Uebeln ernstlich zuleibe zu gehen. Daß sie das nicht mit Absicht tut, daß sie nicht bewußt die Pläne der Gegenrevolution fördert, ist gewiß richtig, macht aber die Sache eher schlimmer als besser. Die Unabhängigen sind so ganz auf den Kampf gegen die „Rechtssozialisten" eingestellt, daß sie gar nicht mehr daran zu denken fähig sind, wie sehr sie damit die Absichten der äußersten Reaktion fördern.**

**An einem Schulbeispiel ist hier gezeigt, wohin die Reinsagerei und Nörgelei um jeden Preis führen muß. Ein denkender Arbeiter kann ein so törichtes Treiben nicht billigen und nicht mitmachen.**

# Monarchie — Republik — Knechtschaft der Beamten.

Von Franz Krüger, M. d. R.

I.

S. A. K. Die unter Aufwendung großer Geldmittel, unter Anspannung aller Kräfte und mit größter Gewissenlosigkeit geführten Wahlagitationen der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei wendet sich mit besonderem Nachdruck an das große Heer der Beamten.

Man versucht die Beamten zu fangen durch den Hinweis, daß ihre im konservativ-monarchistischen Deutschland so untadelhafte sichere Stellung in der Republik gefährdet sei, daß jetzt nur der Gesinnungstüchtige freie Bahn habe, daß man alle Beamten durch waschechte Sozialdemokraten ersetzen wolle, und daß deshalb die Beamten im Interesse ihrer Freiheit und Unabhängigkeit die Deutschnationalen bei der Wiederherstellung der Monarchie und des alten Systems unterstützen müßten. Dazu kommt, daß die Deutschnationalen heute, wo es auf ihre Stimme nicht ankommt, im Gegensatz zu früherem wo sie die Macht hatten und nichts bewilligten, für alle Forderungen der Beamten eintreten und in verschiedenen Anträgen von Beamtenfreundlichkeit geradezu triefen.

**Die Republik hat in ihrer Verfassung den Beamten die wohlerworbenen Rechte gesichert.**

Sie hat ihnen weiter durch die Verfassung das äußerst wichtige Recht der Einsichtnahme in die Personal-Akten gegeben, das die Deutschnationalen, so lange sie regieren, ihnen stets verweigerten. Die Republik hat verfassungsmäßig die Gleichberechtigung der weiblichen Beamten festgelegt, die die Deutschnationalen stets ablehnten. Die Republik gewährt jedem Beamten wie den anderen Staatsbürgern Meinungs- und Organisations-Freiheit auf politischem wie auf allen anderen Gebieten. Sie verlangt nur von allen Staatsbürgern, also auch von den Beamten,

**daß sie ihre politischen Ziele auf verfassungsmäßigem Wege durchsetzen müssen,**

und sie ist der Ansicht, daß in leitenden Beamtenstellungen nicht Leute sitzen können, die häufig unter Ausnutzung ihrer amtlichen Macht, die Grundlagen der heutigen Staatsordnung bekämpfen und zu beseitigen trachten.

Wie sah es aber mit der politischen Meinungsfreiheit der Beamten in der deutschnationalen Monarchie aus? Grundsätzlich war diese Frage geregelt durch den Beamten-Erlaß des Königs Wilhelm I. vom 4. Januar 1882, in welchem es heißt:

„Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Es ist deshalb mein Wille, daß sowohl in Preußen, wie in den gesetzgebenden Körpern des Reiches über mein und meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik meiner Regierung kein Zweifel gelassen wird. Es ist die Aufgabe meiner Minister, meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrung gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten: ein Gleiches erwarte ich auch von allen Beamten, welche mir den Amtseid geleistet haben. Es liegt mir fern, die Freiheit der Wahl zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungs-Aktionen betraut sind und deshalb ihren Dienstes nach dem Disziplinargesetz ihrer Stellung enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht, auch auf die Vertretung der Politik meiner Regierung bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde ich mit Dank anerkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen meine Regierung, auch bei den Wahlen, fernhalten."

Das bedeutet klipp und klar, daß der Beamte auf Grund seines Diensteides keine eigene politische Meinung hat, sondern die Ansicht der jeweiligen Regierung und ihre Politik vertreten muß. Dieser Standpunkt wird in zahlreichen anderen Erlassen, die den Kampf gegen die Polen usw. den Beamten zur Eidespflicht machen, unterstrichen. Besonders kraß brachte dies gelegentlich einer Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten im Preuß. Landtage über das Recht der freien politischen Betätigung der Beamten der konservative Minister des Innern v. Dallwitz am 31. Januar 1912 zum Ausdruck:

„Ein Beamter, der seinem Landesherrn den Treueid geleistet hat, bricht diesen Eid (sehr richtig Rechts!) in dem Augenblick, in dem er mittelbar und unmittelbar die Bestrebungen einer antimonarchistischen Partei zu fördern unternimmt. (Sehr richtig Rechts.) Wenn ein Beamter noch Gefühl für Ehre, Anstand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. (Bravo Rechts!) Tut er das nicht, dann wird er ein Eidbrecher und Heuchler. Das kann nicht geduldet werden."

Und am nächsten Tage wurde dies von dem konservativen Abgeordneten Hennigs-Techlin wie folgt unterstrichen:

„Das Wahlrecht der Beamten haben sie weiter beansprucht auch für ihre Partei, und ich meine, daß wir darin übereinstimmen mit dem Herrn Minister des Innern. Der Eid bindet den Beamten, nur für solche Parteien einzutreten, die das monarchistische Staatswohl hochhalten. Das ist über jeden Zweifel erhaben. Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, denn wir werden uns doch nicht darüber einigen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten!)"

Wie man sich herausnahm, selbst bei der geheimen Reichstagswahl einen Druck auf die Beamten und Staatsarbeiter auszuüben, zeigt folgender Erlaß des Eisenbahn-Dir.-Präsidenten, der am 12. Januar 1912, dem Tage der letzten Reichstagswahl in der Monarchie, in den Eisenbahn-Werkstätten in Königsberg i. Pr. angeschlagen war:

Bekanntmachung! „Jeder Eisenbahnbedienstete, welcher die Sozialdemokratischen Bestrebungen durch Abgabe seiner Stimme für einen sozialdemokratischen Kandidaten unterstützt, wird nach den mehrfachen Belehrungen und Ermahnungen die Kündigung des Dienstverhältnisses zu gewärtigen haben."

Und wenige Wochen nach dieser Wahl hielt der freikonservative Abgeordnete Fr. v. Gamp im Reichstage eine Rede (29. Februar 1912) in der er sagte:

„Der Reichskanzler hat verlangt, daß die Beamten im Wahlkampfe Gewehr bei Fuß stehen sollen. Wer soll aber dann die Sozialdemokratie bekämpfen? Ich habe doch nicht die Verpflichtung, für die Monarchie und für die bestehende Staatsordnung einzutreten, das ist die Pflicht der Beamten, die ja dafür bezahlt werden."

Als die Deutschnationalen noch an der Macht waren, vertraten sie also die Ansicht und setzten sie auch durch, daß jeder Beamte sich konservativ und monarchistisch betätigen müsse. Wollte die Republik heute diesen Standpunkt vertreten, so wären alle auf dem Boden der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stehenden Beamten, die im Reichs- oder Staatsdienst sind, nach den Worten des Herrn Dallwitz Eidbrecher und Heuchler, ohne Gefühl für Ehre, Anstand und Gewissen und wären verpflichtet, aus ihrem Amt auszuscheiden. Wo also wahre Gewissensfreiheit liegt, in der deutschnationalen Monarchie oder in der demokratischen Republik, ist hiernach leicht zu beantworten.

# Falsche Meldungen aus Ostpreußen.

Vor einigen Tagen wurde aus Königsberg gemeldet, daß der Staatskommissar Worowski gegenüber einem ihn Befragenden außerordentlich beunruhigende Auskunft über die Lage in Ostpreußen, insbesondere was die Gefahr eines Rechtsputsches betrifft, gegeben habe. Wie die „P. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, ist demgegenüber festzustellen, daß alles Wesentliche dieser Wiedergabe den Ausführungen des Staatskommissars Worowski nicht entspricht, ja geradezu das Gegenteil zum Ausdruck bringt. Der Staatskommissar hat nicht erklärt, daß er tagtäglich den Ausbruch eines Rechtsputsches fürchte, daß er erst in den letzten Tagen in einem kleinen Gut fünfzig, in einem anderen Gut dreißig Maschinengewehre beschlagnahmt habe, daß es ihm zur Durchführung von Polizeiaktionen an Polizeikräften fehle, daß die Einwohnerwehren in Ostpreußen überall Waffendepots hätten, daß einzelne Angehörige der Einwohnerwehren Waffen im Privatbesitz besäßen, daß alle Sicherheitsorgane im Reichswehrgruppenkommando I unter Leitung des Generals Dassel zusammengefaßt seien und was dergleichen Meldungen waren. — Diese falschen Mitteilungen über ein mit dem Staatskommissar W. geführtes Gespräch sind von dem Journalisten Walter Oehme der Presse übergeben worden. Herr Oehme war in Uebereinstimmung mit dem Staatskommissar Weißmann nach Ostpreußen gefahren, um insbesondere die Gefahren eines Rechtsputsches dort durch Augenschein kennen zu lernen. Nachdem festgestellt worden ist, daß Herr Oehme die Mitteilungen des Staatskommissars in gröblicher und unverantwortlicher Weise entstellt und freierfundene Mitteilungen verbreitet hat, ist seine vorläufige Festnahme angeordnet worden.

## Wo ist Lüttwitz?

**WTB. Beuthen, 1. Juni. Der „Volkswille" in Gleiwitz weiß zu melden: General von Lüttwitz halte sich seit 11 Tagen in Uschütz, Kreis Rosenberg bei Freiherrn von Scherr-Thoß auf.**

## Ein Staatsgerichtshof.

**WTB. München, 1. Juni. Der Landtag hat das Gesetz über den Staatsgerichtshof für Ministeranklagen, Verfassungsbeschwerden und Verfassungsstreitigkeiten ohne Aussprache angenommen.**

## Der Tintenfisch Stresemann.

Herr Stresemann gebärdet sich wie der Tintenfisch. Sobald er zu klar durchschaut wird, spritzt er dunkle Flüssigkeit um sich, um das Wasser, in dem er schwimmt, zu trüben und undurchsichtig zu machen. So hat er seine erste Parteierklärung, die er unter der „Reichskanzlerschaft" des Herrn Kapp abgab, nämlich mit den Putschleuten des 13. März unter gewissen Voraussetzungen mitzuarbeiten, nachträglich mit Tinte so bespritzt, daß man sie nicht mehr erkennen soll. Aehnlich verfährt er mit seinem republikanischen Bekenntnis, das er jetzt niemals ausgesprochen haben will. Doch ist einwandfrei festgestellt, daß im November 1918 Abmachungen über die Frage Monarchie oder Republik unter Beteiligung des Herrn Stresemann getroffen worden sind, wobei folgende Einigung erzielt worden ist:

„Die Monarchie hat den Weltkrieg nicht zu überstehen vermocht. Ein Versuch ihrer Wiedererrichtung würde schwerste innere Kämpfe zur Folge haben müssen. So treten wir (die Partei Stresemann) auf den Boden der republikanischen Staatsform."

Gegenüber den Verdunkelungsversuchen Stresemanns hat Freiherr von Richthofen ausdrücklich die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigt, die der Abgeordnete Dr. Pachnicke festgestellt hatte. Trotzdem gelingt es Herrn Stresemann weiterhin, mit Tintenfischgebaren sich als Führer der Deutschen Volkspartei im Wahlkampfe aufzuspielen.

## Wie ein „nationaler" Rittmeister mit Beamten umgeht.

Am Sonntag morgen 6 Uhr 39 Min. wurde der Rittmeister a. D. Weidemann aus Charlottenburg von dem Schaffner des Zuges aus Richtung Charlottenburg auf dem Bahnsteig Halensee aus dem Schlafe geweckt und mit der Begründung, daß der Zug nicht weiterfahre, aufgefordert, diesen zu verlassen. Der Herr Rittmeister weigerte sich jedoch und blieb dabei, weiterfahren zu wollen. Nach mehrmaliger Aufforderung bequemte er sich endlich zum Aussteigen, sprang aber in den anfahrenden Zug wieder hinein. Man holte nunmehr den Fahrdienstleiter, und als der hohe Herr nach dreimaliger Aufforderung den Zug endlich verlassen hatte, beleidigte er den Beamten mit folgenden Worten: „Sie frecher Mensch, Sie Lump, Sie Laufeselimmel, Sie werden noch Kniebeuge vor mir machen und stramm stehen. Warten Sie bloß nur noch ein paar Tage; Wasser werden Sie saufen nach dem 6. Juni!" Ferner drohte der Herr Rittmeister, die Beamten zu erstechen und zu erschlagen.

Unterdessen hatten sich etwa 100 Personen angesammelt, die den frechen Burschen aus dem Dienstraum herausholten und mörderlich verhöhnten. Diese „rasche Justiz", so begreiflich sie auch ist, ist nicht die richtige Antwort, die man einem deutschnationalen Provokateur auf seine niederträchtigen Beamtenbeleidigungen und seine wohl den Etappenerinnerungen entnommenen Schimpfworten erteilt. Die richtige Antwort gibt man solchen Leuten vielmehr am 6. Juni durch Abgabe eines Stimmzettels, durch den ein Reichstag geschaffen wird, der dem „gemeinen Volk" weder das Kniebeugen noch das Wassersaufen vorschreibt!

## Geständnisse.

**Deutschnationale Erklärung zum Geständnis Hergt-Heilmann.**

Herr Hergt ist nun endlich von seiner Reise zurückgekehrt und erklärt in der deutschnationalen Presse . . . Nein der Anfang ist falsch. Herr Hergt ist bloß von seiner Reise zurückgekehrt. Aber erklären tut die Deutschnationale Volkspartei unter Hinweis darauf, daß Herr Hergt zurück ist.

Man wird meinen, das sei ein und dasselbe. So ganz doch nicht. Herr Hergt ist — manchmal — ein kluger Mann und weiß schon, warum er nicht selber mit Namensunterzeichnung und im „Ich"-Stil spricht, sondern warum er anonyme deutschnationale Freunde von „Herrn Hergt" reden läßt. Es könnte nämlich einer kommen und nachweisen, daß die Erklärung von großen Unwahrheiten wimmelt. Genosse Heilmann könnte dies unter seinem Eide bekunden. Und dann wird Herr Hergt sagen: „Was wollt Ihr denn von mir, ich habe das ja gar nicht erklärt."

Dies muß vorausgeschickt werden, ehe man zu dem sachlichen Inhalt der Erklärung übergeht, für den Herr Hergt mit seinem Namen nicht zu zeichnen wagt. Vorausschicken wollen wir, daß wir unsere Darstellung des Gesprächs voll aufrechterhalten. Mit den Albernheiten der Einleitung, daß Heilmann zu aufgeregt gewesen sei, um der Verhandlung objektiv folgen zu können, geben wir uns nicht ab. Es sind genug Genossen in diesen Tagen mit Heilmann zusammen gewesen, um nach eigener Wahrnehmung solche dreisten Ausflüchte beurteilen zu können.

Da aber Herr Hergt sich nun darauf berufen wird, daß zum mindesten Darstellung gegen Darstellung stehe, so wollen wir nachweisen, daß die eigene Darstellung der Freunde des Herrn Hergt, deren Richtigkeit wir dadurch nicht im mindesten anerkennen, in den wichtigsten Punkten ein glattes Zugeständnis der von uns behaupteten Tatsachen ist. Wir zitieren zunächst folgenden Absatz der Gegenerklärung:

Unwahr ist, daß der Abgeordnete Hergt gesagt habe: „Wir haben die Waffen und die Lebensmittel." Richtig ist nur, daß Herrn Heilmann gesagt ist, er möge doch die Bedeutung und die Kraft eines Generalstreiks nicht überschätzen, Kapp und Lüttwitz hätten die Waffen und die Lebensmittel, und was das letztere zu bedeuten habe, wisse jeder, der mit der Zwangswirtschaft und Lebensmittelverteilung jemals etwas zu tun gehabt habe; Hergt selbst sei Regierungspräsident im oberschlesischen Industriebezirk gewesen und wisse, wie dort gelegentlich die Arbeiterschaft bei drohenden Streikunruhen zur Einsicht gekommen sei, nachdem sie sich klar gemacht habe, daß ein Generalstreik nur auf Kosten der Lebensmittelzulagen — nur diese sind erwähnt worden — gehen werde.

Wir möchten nur gern wissen, wo hier ein beträchtlicher Unterschied zwischen Heilmanns und Hergts Aussage liegen soll. Wem will Herr Hergt weiß machen, daß die oberschlesischen Arbeiter sich klar gemacht hätten, daß ihnen bei einem Generalstreik die Lebensmittel entzogen werden würden. Nur er, der Regierungspräsident, kann es ihnen angedroht haben hat es ihnen gedroht, und er hat sich Heilmann gegenüber dieses Erfolges seiner Drohung mit triumphierendem Lächeln gerühmt. — Weiter sagt die Gegenerklärung:

Unwahr ist weiter, daß Abgeordneter Hergt gesagt haben soll, daß seine Partei gegenüber dem Umstande, daß Kapp und v. Lüttwitz die Macht augenblicklich in Händen hätten, sich natürlich nicht rein negativ verhalten, sondern auf dem Boden der jetzt gegebenen Tatsachen mitarbeiten werde. Dieser letzte Ausdruck ist — so hat man offensichtlich das Gespräch nachträglich zurecht gemacht — aus der Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei vom 14. März entnommen. Bei dem Gespräch vom 13. März hat der Abgeordnete Hergt im Gegenteil erklärt, daß er seine Partei in keiner Richtung festlegen könne. Jeder Politiker und also auch Herr Heilmann müsse aber den gegebenen Tatsachen, d. h. dem Umstande, daß Kapp und v. Lüttwitz jetzt die Macht in Händen hätten, Rechnung tragen.

Nun, was will Herr Hergt eigentlich noch nach diesem Geständnis? Wie wollen er und Helfferich künftig noch behaupten, daß sie von Anfang an Kapp bekämpft hätten, nachdem Hergt —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200602-11/fragment/page=0002

nach eigener Darstellung — sich am 13. gewetzt hat, seine Partei irgendwie festzulegen! Daß heißt doch zum mindesten: Hergt wollte abwarten, ob Lüttwitz sich behaupten oder ob das Abenteuer mißglücken würde, und erst nach dem tatsächlichen Verlauf des Machtkampfes zwischen neuer und alter Regierung wollte er dann seine Entscheidung treffen, auf wessen Seite er sich stelle. Merkte Hergts Freunde gar nicht, daß diese Ausgeier- und Schlachtenbummlerpolitik, die sie ihrem Führer zuschreiben, noch viel kompromittierender ist, als die Rolle, die Hergt in unserer Darstellung spielt?! Aber schließlich gesteht die Gegendarstellung auch zu, daß Hergt erklärt hat, man müsse „den gegebenen Tatsachen Rechnung tragen". Der jetzige Kommentar mit „daß heißt" eingeleitet, charakterisiert sich ganz offensichtlich als nachträgliche Einschiebung.

So gestaltet die Gegenerklärung glatt zu, was sie bestreiten will: daß Herr Hergt am 13. März in dem Glauben, Kapp und Lüttwitz würden siegen — ein Glaube, der gleichfalls in der Gegenerklärung seine Bestätigung findet —, weit entfernt war, auf den Sturz der Putschisten hinzuarbeiten, sondern ihrungbereit dastand, sich auf den Boden des scheinbar vollzogenen Umsturzes zu retten.

## Notizen.

* **Das Reichsarbeitsministerium** hat einer Beschwerde des Metallarbeiterverbandes gegen einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Zweibrücken stattgegeben, nach welchem die Fachvereinigungen der Schlosser, Spengler und Installateure wegen der wirtschaftlichen Lage des Gewerbes den Zehnstundentag sollten wieder einführen und Tarifverhandlungen ablehnen können. Der Demobilmachungskommissar ist beauftragt worden, sogleich neue Verhandlungen mit beiden Parteien einzuleiten.

**Ein hartes Urteil.** Der in der badischen Anilin- und Sodafabrik beschäftigte Ingenieur Im hofi, der den Krieg zuletzt als Hauptmann mitmachte und unlängst von den Franzosen verhaftet wurde, ist wegen Diebstahls von Hausgegenständen in Frankreich zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Bei einer Haussuchung sollen bei ihm gestohlene Gegenstände gefunden worden sein.

* **Lenin und die englischen Arbeitervertreter.** Laut „Dail Mail" hat Lenin den englischen Arbeitervertretern zugegeben, daß die gesellschaftliche Umwälzung in England ihren eigenen Weg nehmen müsse, und daß die Forderung einer Anwendung der russischen Taktik verkehrt sei.

**Pariser Revolutionsfeier.** Gestern nachmittag haben die Sozialdemokraten auf dem Pere Lachaise eine Erinnerungsfeier an die Mai-Gefallenen der Kommune veranstaltet. Nach der Humanite haben 40 000 Personen an der Kundgebung teilgenommen. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

## Delegiertentag des Republikanischen Führerbundes.

Im Muschelsaal des „Rheingold" (Berlin) versammelten sich am Sonnabend die Delegierten der Landes- und Ortsgruppen des Republikanischen Führerbundes.

Das Bundesvorstandsmitglied **Fischer** begrüßte im Namen des durch die augenblicklichen innerpolitischen Verhältnisse verhinderten ersten Vorsitzenden, Oberst **Lange**, die zahlreich erschienenen Delegierten, die Vertreter der Ministerien, der Parteien, der Gewerkschaften und der Presse. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß Mannschaften und Führer der Wehrmacht in diesen Tagen wie in aller Zukunft Schulter an Schulter zusammenstehen müssen, um so mehr, als ständig versucht wird, in alle bestehenden republikanischen Verbände reaktionäre Elemente zur Störung und Sprengung hineinzubringen. Augen auf, Ohren offen, Mund geschlossen!

**Riesstahl (Berlin)** gab den Bericht der Bundesleitung. Er führte aus, daß leider dem Republikanischen Führerbund trotz aller Versprechungen von der Regierung nur Schwierigkeiten bereitet würden. Das

**systematische Hinausdrängen**

der republikanisch gesinnten Führer und Mannschaften aus der Reichswehr hat der Republik und dem republikanischen Gedanken außerordentlich geschadet. Es hat die Arbeiterschaft davon abgehalten, in die Reichswehr einzutreten. Das Reichswehrministerium ist trotz aller schönen Redensarten noch heute die Brutstätte der Reaktion. Die Auffstellung der Brigade Döberitz schlägt allen Erwartungen ins Gesicht. Was dort geschieht, geschieht völlig im Sinne der Reaktion. Der Republikanische Führerbund wird trotz aller Anfeindungen, trotz des Fehlens jeder Unterstützung des Reichswehrministeriums weiter das tun, was er im Interesse unseres Vaterlandes für dringend notwendig erachtet; er fordert von seinen Mitgliedern die strengste Disziplin, die

**unbedingte Treue zu Verfassung und Republik.**

Ein jeder sei uns willkommen, ohne Rassenunterschied, ohne Parteizugehörigkeit! (Stürmischer Beifall.)

Die Vertreter der verschiedenen Untergruppen ergänzten das Referat durch Mitteilungen unglaublicher Zustände in den Formationen der Wehrmacht. Es kommt zum Ausdruck, daß Herr Staatskommissar Dr. Weismann wissentlich falsch unterrichtet wird. Das aufgefundene Material der Nachrichtenstelle des Oberpräsidums Breslau bringt hierfür den Beweis. Es wird darauf hingewiesen, daß auch in Berichten an die Regierungsstellen von „Plänen, Rüstungen und Sammlungen des Republikanischen Führerbundes" im Verein mit linksstehenden Parteien die Rede ist. Die Vertreter aller Landesteile erklären, daß all dies erfunden ist.

Die Versammlung ist sich einig, daß bei erneuten Putschversuchen

**Exempel statuiert**

werden müssen, die für die Zukunft jede Gefahr eines Angriffes auf die Verfassung zunichte machen.

Folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen:

„Die heute zum Bundestag des Republikanischen Führerbundes versammelten Delegierten sprechen dem Reichswehrminister ihre schärfste Mißbilligung aus, einmal wegen seines Versagens in der Verfolgung der am Kapp-Putsch beteiligten Offiziere, zweitens wegen des gleichen Versagens in der Bekämpfung der sich neu organisierenden Gegenrevolution.

Der Republikanische Führerbund fordert, daß der Reichswehrminister das im Anschluß an den Kapp-Putsch gegebene Versprechen endlich durch die Tat einlöst, **eine rein republikanische Wehrmacht** aufstellt und energische Vorbeugungsmaßregeln der Gegenrevolution ergreift.

In der jetzigen untätigen Haltung des Reichswehrministeriums gegenüber der Verschwörung von rechts erblickt der Republikanische Führerbund eine schwere **Gefahr für den Bestand der Republik**"

# Provinz und Umgegend.

**An unsere Berichterstatter.**

**Wegen der großen Zahl der eingehenden Versammlungsberichte sind wir nicht in der Lage, über jede einzelne Versammlung ausführlich Bericht zu erstatten. Wir bitten darum, unsere Gründe, die wir bei der Streichung der einzelnen Berichte aufstellen, anzuerkennen und weiter wie bisher im Dienste unserer Sache unermüdlich tätig zu sein.**

**Redaktion der Volksstimme.**

**Wahlleitung Merseburg.**

Das Wahllokal unserer Partei befindet sich im Gasthaus „Drei Schwäne", Merseburg. Telephon 286. Stimmzettel, Plakate und sonstiges Agitationsmaterial kann dort empfangen werden. Evtl. wird auf telephonischen Anruf solches zur Verfügung gestellt.

**Naundorf** b. Lauchhammer. Unsere Parteigenossen treffen sich am Donnerstag, den 3. Mai, 6 Uhr abends, am Naundorfer Konsum zur Stimmzettel- und Flugblattverteilung. **Es ist Ehrenpflicht, daß jeder mithilft.**

**Zeitz.** Es versammelten sich die Genossen in Crossen a. E., Droschwitz und Göbitz zu Besprechungen, um am Wahltag gute Arbeit leisten zu können. Die Herren „Unabhängigen" hatten es vorgezogen, die Arbeiterschaft vor unseren Versammlungen zu warnen, und unter dem bekannten Druck erreichten sie ihr Ziel, die Herrschaften werden in den letzten Tagen überhaupt recht „nervös", nun mögen sie. In den obigen Orten ist überall gute Aussicht für unsere gerechte Sache, wir lassen unser Ziel nicht aus den Augen und sind auf rechtem Wege, das beweisen die fortgesetzten Neuanmeldungen zur Partei.

## Wählerversammlungen der S. P. D.

**Schlettau.** Am Freitag referierte im hiesigen Gasthof zum „Weißen Schwan" der Gen. Vogel über die Reichstagswahlen. In 1 ½ stündiger Rede wußte der Referent durch seine gediegte Vortragsweise die Zuhörer für unsere Sache zu fesseln. Auf einige Diskussionsfragen gab der Genosse Vogel volle Aufklärung, sodaß die Anwesenden voll befriedigt auseinander gingen. Auch hier sind für die sozialdemokratische Liste Krüger-Waentig neue Anhänger gewonnen worden.

**Trebnitz b. Können (S.).** Am Sonntag eröffnete hier die sozialdemokratische Partei ihren Wahlkampf mit einer öffentlichen Versammlung, in der Gen. Fritz Vogel-Halle über „Die Reichstagswahl — Stellung zu den Parteien"! sprach. In seinem 1 ¾ stündigen Vortrag legte er die Bedeutung der kommenden Wahlen klar und hob besonders hervor, daß der neue Reichstag eine viel schwierigere Aufgabe zu lösen hat als die Reichstage vor der Revolutionszeit. Mit sachlichen Worten ging er dann auf der Wahlkampf selbst ein und betonte, daß die Deutschnationale Volkspartei sowie die Deutsche Volkspartei mit den gemeinsten Mitteln in den Kampf gegangen sind. Trotzdem Vertreter beider Parteien anwesend waren, meldete sich niemand zur Diskussion, mit dem Schlußwort des Genossen Vogel fand die gut besuchte Versammlung unter starkem Beifall ihr Ende.

**Mockrehna.** Hier sprach am Sonntag in einer öffentlichen Volksversammlung der S. P. D. der Genosse Henzeroth über die bevorstehenden Reichstagswahlen. In sachlicher und leicht verständlicher Weise entledigte er sich seiner Aufgabe, und die zahlreich erschienen Besucher zeigten durch Beifall, das er das Richtige getroffen hatte. In der Diskussion sprach Herr Holzweißig von der U. S. P. aus Mildschütz. Im Schlußwort fiel es dem Referenten leicht, die Ausführungen des Unabhängigen zu widerlegen.

**Geuznitz b. Zeitz.** Am Donnerstag fand hier im Gasthofe die erste Wählerversammlung der S. P. D. statt. Gen Stadtv. Dörfer-Zeitz referierte über die „Reichstagswahlen". Er geißelte in scharfen Worten das Verhalten der Rechtsbolschewisten. Ebenso kam der Redner darauf zu sprechen, in welch unsachlicher Weise von Seiten der U. S. P. der Wahlkampf im Kreise und Bezirk geführt wird. Die beifällig aufgenommene Rede schloß Gen. Dörfer mit der Aufforderung am 6. Juni geschlossen für die Liste Krüger einzutreten. In der Diskussion versuchte ein U. S. P.-Mann unsere Partei mit dem üblichen Getratsch zu mißkreditieren. Im Schlußwort setzte der Referent diesem Herren auseinander, daß man jetzt schon in verschiedenen Parlamenten U. S. P.-Mehrheiten besäße, die aber von ihren vorhergegebenen Versprechungen auch noch nicht das Geringste in die Tat umgesetzt hätten.

**Kretzschau b. Zeitz.** Eine gutbesuchte und erfolgreiche Wählerversammlung für unsere Partei fand am Sonntag, den 29. Mai, hier statt. Gen. Otto Dörfer, Stadtverordneter, Zeitz, referierte in 1 ¼ stündigem Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl. Seine Ausführungen machten auf alle Anwesenden einen sichtbaren Eindruck, er rechnete mit den Feinden des werktätigen Volkes, den Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei unsfassend ab, den Unabhängigen ins Gewissen redend, mehr praktische Arbeit zu leisten, weniger Phrasen zu dreschen. Reicher Beifall lohnte seinen Vortrag. In der Debatte ergänzte Gen. Lippol-Zeitz noch einiges, besonders den Frauen ins Gewissen redend, am Wahltage sozialistisch zu wählen, es sprach dann noch ein unabhängiger Genosse (er „soll" demnächst Amtsvorsteher in Göbitz werden) und behauptete, Genosse Dörfer gehe auf Stimmenfang aus und rede wie ein „Unabhängiger", so wie Sprecher wolle es seine Partei ja gar nicht, er redete dann noch von den „Führern", die „was" müßten, auch Ebert, und sagte noch allerlei faules Zeug, seine Verteidigung stand auf recht könernen Füßen. Im Schlußwort war es dem Genossen Dörfer ein Leichtes den unabhängigen „Speß" zu widerlegen und endete die Versammlung mit einem vollen Erfolg für uns, auch hier geht es vorwärts wie im ganzen Kreise.

**Schkeuditz.** Mit einer am Freitag Abend nach der „Gold. Sonne" einberufenen öffentlichen Versammlung trat auch hierorts die Alte sozialistische Partei offiziell in den Wahlkampf ein. Der als Referent gewonnene Gen. Prof. Dr. Waentig sprach über „Der 6. Juni — Deutschlands Schicksalsstunde". Der dem bekannten Redner vorausgeeilte Ruf hatte weite Kreise — nicht nur der hiesigen — Bevölkerung herbeigelockt. — Nach einer gründlichen Abrechnung mit dem alten System eine Redner besonders auch auf die Mängel der bisherigen Koalitionsregierung ein und betonte die Notwendigkeit nicht nur einer demokratischen sondern vielmehr auch sozialistischen Republik als dieseinige Staatsform, welche, gestützt auf den Mehrheitswillen des Volkes, einzig imstande sein werde, Deutschland aus seiner gegenwärtigen, durch den verlorenen Krieg bedingten trostlosen Lage herauszuarbeiten. Jede Diktatur — von rechts sowohl auch von links — sei nur dazu angetan unser Elend zu vergrößern und uns dem völligen Zusammenbruch auszuliefern. Durch planmäßigen Abbau des kapitalistischen Systems könne unser Wirtschaftsleben nur gesunden, wenn es auf sozialistischer Grundlage wieder aufgebaut würde. Mit der Aufforderung an alle, die sich mit den Zielen unserer Partei einverstanden erklären könnten, am 6. Juni ihre Stimme der Liste Krüger zu geben, schloß Redner seinen nahezu zweistündigen Vortrag. Der Eindruck der Rede des Gen. Waentig war unverkennbar. Mit sichtbarem Interesse — ohne jeden Zwischenruf — folgten die Anwesenden seinen trefflichen Ausführungen, den man hierorts als einen „glänzenden, geistvollen Redner" bezeichnet hat. — Zur Diskussion die in sehr sachlicher Weise geführt wurde, sprachen die Herren Panse-Leipzig (Deutschnational) und Petzold-Schkeuditz (U. S. P.), jedoch wußten beide Redner dem Referenten nichts Gewichtiges entgegenzuhalten, vielmehr mußten sie sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Gen. Waentig einverstanden erklären. — In seinem Schlußwort wehrte Gen Waentig die weniger Angriffe der beiden Diskussionsredner mühelos ab. Rollte einiges richtig und klagte seinen eigenen Ausführungen — besonders dem Kapitel Sozialisierung — noch verschiedenes erläuternd hinzu. — Mit einem Wort des Dankes an den Referenten und mit der Aufforderung an die Versammlung, am Wahltage die sozialdemokratische Liste Krüger — Waentig zu wählen, schloß Gen. Sanftleben gegen ½ 12 Uhr die Versammlung.

**Eisleben.** Am Freitag sprach Gen. Landrichter Ruben-Berlin hierselbst in einer von der S. P. D. einberufenen öffentlichen Versammlung. Trotzdem zu gleicher Zeit eine öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei tagte, war der Besuch unserer Versammlung ein guter besonders aus den Kreisen der Beamten. Der Leitgedanke der Rede des Gen. Ruben war: „Der Feind steht rechts!" Die Ausführungen der Diskussionsredner Hofmann und Teßel von der U. S. P. D. liefen darauf hinaus, die Mehrheitssozialdemokratie hätte die Arbeiter verraten. Dem trat der Referent nachdrücklich in seinem Schlußwort entgegen. Den Ausführungen des Redners folgte reicher Beifall. Als Beweis dafür, daß sie nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen waren, erfolgten eine Anzahl Neuanmeldungen. Was aber besonders erfreulich war, es gelang im Anschluß an die Versammlung einen Werbeausschuß sozialistischer Beamten zu gründen, in welchem die Kommunalbeamten der Stadt und des Landkreises, der Steuerbehörde und des Gerichts vertreten waren. Die Sache der Mehrheitssozialdemokratie ist hier in Eisleben auf dem Marsche, das wird der Ausfall der Wahl hierselbst beweisen.

**Torgau.** In einer öffentlichen Frauenwählerversammlung der S. P. D. sprach die Genossin Scheibenhuber-Berlin über die Reichstagswahlen und die Frauen. Wegen des großen Uebergewichtes der weiblichen Wähler sei es unbedingt notwendig, daß die Aufklärung im vollen Umfange in die Reihen der Frauen getragen wird. In der Debatte zeichneten sich einige Unabhängige durch wüteste Schmutz- und Schimpfreden aus. Gen. Schröder, Jahn und Unger erteilten auf die vorgebrachten Vorwürfe die genügende Antwort. Die Referentin vermochte im Schlußwort noch manche Entstellung der U. S. P.-Kämpen festzunageln. Mit der Aufforderung, am 6. Juni sozialdemokratisch — Liste Krüger — Waentig — zu wählen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

**Falkenberg.** Hier sprach am Freitag in einer überfüllten Versammlung Genosse Krüger. Seine überzeugten zweifüllrigen Ausführungen ernteten am Schluß stürmischen Beifall. In der Diskussion meldete sich ein angeblicher Demokrat namens Winkelmann aus Halle, nach seiner Angabe Eisenbahner. Seine Ausführungen waren lauter lonsses Zeug und erregten einen stürmischen Widerspruch in der Versammlung. Es sprachen noch Genosse Weckmann, Manke, Herr Schmaler und Genosse Dietrich. Im Schlußwort rechnete Genosse Krüger mit dem politischen Kind von Halle unter stürmischer Heiterkeit der Versammlungsteilnehmer ab. Erst nach 12 Uhr konnte die Massenversammlung geschlossen werden. Keine Partei Falkenbergs hat in diesem Wahlkampf einen derartigen Massenbesuch gesehen, kein Redner einen so großen Beifall bekommen, ein Zeichen, daß Falkenberg noch die alte Hochburg der S. P. D. ist und die Liste Krüger wohl allen Listen an dem Wahltage voraus sein wird. „Wählt Liste Krüger und arbeitet in der Zwischenzeit für unsere Liste", das waren die Schlußworte des Versammlungsleiters der imposanten Versammlung.

**Mücheberg.** Am Sonntag sprach hier Gen. Dr. Julius berger-Berlin über die kommenden Reichstagswahlen. Er verstand es, den Wählern in leichtverständlicher Weise zu erklären, daß ein jeder, wenn er nicht vom Kapital lebt, ob Arbeiter, Landwirt Kleingewerbetreibender, nur die Liste „Krüger-Waentig" der sozialdemokratischen Partei wählen kann. Vormittag hatte er Gelegenheit den Prof. Heim-Halle von der „Deutschen Volkspartei" zu hören, und war nicht wenig erstaunt wie diese Leute auf den Gimpelfang gehen. Den Unabhängigen rief er zu, geht den Räte-Diktatur-Gedanken auf, wie ihn führende Männer der U. S. P wie Ströbel, Kautsky usw. aufgegeben haben, und einer Vereinigung steht nichts mehr im Wege. Gegen den Vortrag hatte, obwohl die Aussprache in unserem Orte sonst eine lebhafte ist, niemand etwas einzuwenden. Mit einer nochmaligen Ermahnung nur die sozialdemokratische Liste Krüger — Waentig zu wählen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Biehla.** In einer gut besuchten Wählerversammlung am 27. d. Mts. sprach Genosse Dietrich, Falkenberg, über die kommenden Reichstagswahlen. In der Diskussion meldete sich ein Einwohner von Elsterwerda, der sich zur K. P. D. bekannte. Seine Ausführungen erweckten nur Heiterkeitsausbrüche, da er sich kaum auf den Beinen halten konnte, denn er hatte von dem Alkohol zuviel des Guten genossen. Er faselte von einer Revolution, die kurz bevorstünde, in der dann die K. P. D. die Gewalt an sich reißen würde, er dachte dabei wohl an Rußland, wo der Diktator ein Alkoholverbot herausgegeben hat. In Biehla sollen in letzter Zeit einige 80 Mitglieder der U. S. P. ausgetreten und zur K. P. D. übergetreten sein. Genosse Dietrich ging im Schlußwort auf die Ausführungen des K. P. D.-Mannes nicht ein, sondern streifte nur kurz den Bruderkampf und hob hervor, daß der Kampf nicht gegeneinander, sondern nur ausschließlich gegen rechts gerichtet werden müsse.

**Herrmannsacker, Südharz.** In einer gut besuchten Versammlung sprach am Sonntag hier Gen. Troll-Sangerhausen über die Bedeutung der Wahl und die Parteien. In der Aussprache beteiligten sich der Ortspastor und ein Landgerichtsrat aus Nordhausen, der anzah, ganz „zufällig" anwesend zu sein. Ersterer sprach sächlich und stimmte in manchen Punkten den Ausführungen des Redners zu, so z. B. daß ohne die Arbeiterschaft in Deutschland nicht mehr regiert werden kann und daß nur das durchgeführt werden kann, hinter dem der Arbeiter steht. Ganz anders der Herr Landgerichtsrat, der sich als Führer der Deutschnationalen in Nordhausen bekannte und nichts Gutes an der Sozialdemokratie ließ. Natürlich ist nach dem Geschwätz dieses Herrn Akademikers — und der sei ganz allein berufen im Lande zu regieren, denn da sei die Intelligenz — sei die Revolution ganz allein an unserem Elend schuld. Und so ging es weiter. Als er aber vom Einfangen der Arbeiter und Kleinbauern für die Deutschnationalen übergang und in Brustton der Ueberzeugung sagte, sie die Deutschnationale Volkspartei sei nur die wahre Vertreterin der Landarbeiter, machten die anwesenden Arbeiter Schluß. Sie verbeten sich energisch solch ödes Gefasele und Gen. Troll erntete reichen Beifall, als er die Ausführungen des Herrn Akademikers zerpflückte und zeigte, daß nur bei der Sozialdemokratie das Heil für den Arbeiter zu finden sei. Im Orte, der sehr abgelegen liegt und in dem noch nie eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden hat, haben wir feste Wurzel geschlagen und der Erfolg wird am 6. Juni uns gewiß sein.

**Eckartsberga.** Auch hier wurde der Auftakt zum Wahlkampf vollzogen. Vor einer von allen Parteirichtungen stark besuchten Versammlung sprach der Genosse Thränker-Weißenfels über „Deutschlands Schicksalsstunde". Indem er ein klares anschauliches Bild über das Wesen und die Entwicklung zum sozialistischen Staat gab, zeigte er die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich uns in den Weg türmen und die in rastloser, zäher Tätigkeit beseitigt werden müssen. In diesem Sinne müssen die Wähler am 6. Juni an die Wahlurne treten und sozialdemokratisch wählen. In der Diskussion riß dann der unter der U. S. P.-Flagge segelnde Kommunist Krause aus Halle alles runter, was sich das deutsche Volk an Rechten bisher von den


# Bitte schreiben Sie

Ihre Adresse auf den umseitigen Bestellzettel, sofern Sie noch nicht Leser der „Volksstimme" sind, und geben Sie die Bestellung am Saalausgang ab oder senden Sie diese in unsere

Expedition, Gr. Ulrichstr. 27


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200602-11/fragment/page=0003

Verhältnissen abtrocken könnte. Eine „deutschnationale" Dame verteidigte den Kapp-Putsch und machte reichlich verworrene Ausführungen über unsere internationalen Ideen. Im Schlußwort antwortete Genosse Thronicker den beiden extremen Kritikastern in der gebührenden Weise und endete unter Beifall mit dem Ruf: „Der Feind steht rechts! Wählt am 6. Juni die sozialdemokratische Liste Krüger."

# Aus aller Welt.

**Berlin.** Die furchtbare Sterblichkeit in Sowjetrußland wird in einer Statistik festgestellt, die das Petersburger Komissariat herausgegeben hat. Die Sterbeziffer im russischen Reiche betrug im Jahre 1911 21,5 auf 1000, unter der bolschewistischen Herrschaft stieg sie im Jahre 1918 auf 73,19 von 1000. Während 1911 die Geburtenzahl die Todesfälle um 8 auf 1000 übertraf, war im Jahre 1919 die Zahl der Todesfälle um 72 von 1000 höher als die der Geburten. — Wenn dieser Rückgang der Bevölkerungszahl andauert, wird in 20 Jahren das russische Volk ausgestorben sein. Diese Statistik ist um so bemerkenswerter, als Rußland das Land der meisten Geburten und der erheblichsten Vermehrung der Gesamtbevölkerung in Europa gewesen ist.

### Die Untertunnelung des Aermelkanals.

Der Leiter des englischen Unterhausausschusses für den Bau des Kanaltunnels Sir Arthur Fell, erklärte in einer Unterredung, daß der Tunnel ungefähr 30 englische Meilen lang, 4 bis 5 Meilen westlich von Dover beginne und in gerader Linie nach Marquise, zwischen Calais und Boulogne, führen wird. Er soll aus zwei nebeneinander liegenden Röhren und einem darunter befindlichen Ablauf von 2,7 Meter Durchmesser bestehen. Bei einer Arbeiterstärke von 2400 Mann (1200 Mann auf jeder Seite) wird die Bauzeit auf 5 Jahre berechnet, die Baukosten auf 30 bis 32 Millionen Pfund Sterling. Bei gleichzeitiger Inangriffnahme der Arbeiten auf beiden Seiten, hofft man täglich 3000 bis 4000 Tonnen Erdmassen, die größtenteils aus Kreide bestehen, ausschaffen zu können. Letztere soll zur Herstellung von Mauersteinen verwendet werden. Die Züge sollen bis zu den Tunneleingängen mit Dampf und durch den Tunnel elektrisch getrieben werden. Zwei an den Mündungen zu errichtende Kraftstationen liefern den erforderlichen Strom. Die Durchfahrt wird ¾ Stunden dauern.

### Feuermeldung durch drahtlose Telephonie.

Die „Wireless Telegraph Company" in London veranstaltete dieser Tage eine Vorführung, die dem Zwecke galt, die praktische Verwendbarkeit der drahtlosen Fernsprechverständigung im Dienste der Feuermeldung zu erweitern. Man hatte für die Demonstration als Brandherd ein Haus in Putlen Heath gewählt, das von der Hauptwache der Londoner Feuerwehr etwa 11 Kilometer entfernt lag. Es handelt sich darum, den Beweis zu führen, daß durch das Mittel der drahtlosen Telegraphie Löschzüge und Ambulanzen unleich schneller herbeigerufen werden können, als auf dem Wege der bisherigen telegraphischen Vermittlung. Der Apparat, der bei dem Versuch verwendet wurde, war auf einem Wasserwagen der Feuerwehr untergebracht, während der Luftdraht an einem Baum befestigt war. Die Vermittlung mit der Hauptwache war innerhalb von 16 Sekunden hergestellt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. d. m. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

# Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

**Bekanntmachung**

**zur Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 546), 4. Februar und 8. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 197, 310).**

**Vom 12. Mai 1920.**

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird folgendes bestimmt:

Artikel I.

An die Stelle des § 3 der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 546) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 4. Februar und 8. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 197, 310) treten folgende Bestimmungen:

Die Preise für fetthaltige Waschmittel dürfen

1. bei K.-A.-Seife einschließlich Packung
   für 1 Stück von 50 Gramm . . . . . 1,— Mark,
   für 1 Stück von 100 Gramm . . . . . 2,00 Mark,
2. bei K.-A.-Seifenpulver einschließlich Packung
   für je 250 Gramm . . . . . 3,50 Mark,
3. bei Kernseife und sonstiger Seife in schnittfester Form, mit Ausnahme von Feinseife,
   a) für 1 Stück mit einem Fettsäureinhalt von 90 Gramm, das entsprechend einem einfachen nach den Vorschriften des Ueberwachungsausschusses der Seifenindustrie herausgegebenen Einheitsstücke 60prozentiger Kernseife hergestellt ist . . . . . 5 Mark,
   b) für 1 Stück mit einem Fettsäureinhalt von 120 Gramm, das entsprechend einem doppelten nach den Vorschriften des Ueberwachungsausschusses der Seifenindustrie herausgegebenen Einheitsstücke 50prozent. Kernseife hergestellt ist . . . . . 10,— Mark,
4. bei Feinseife einschließlich Packung 50,— Mk. für 1 Kilogramm,
5. bei Schmierseife, mit Ausnahme der in Apotheken abzugebenden Kaliseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von 38 und mehr vom Hundert, 23,— Mark für 1 Kilogramm

nicht übersteigen.

Auch für solche Waschmittel der im Abs. 1 Nr. 3 genannten Art, die nicht nach den Vorschriften des Ueberwachungsausschusses hergestellt sind, darf der Preis für 1 Kilogramm Fettsäureinhalt 55,60 Mark nicht übersteigen.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339).

Der Ueberwachungsausschuß der Seifenindustrie ist berechtigt, für die nach seiner Weisung hergestellten Seifen und Seifenpulver besondere Preise festzusetzen, die die in Abs. 1 genannten Höchstpreise nicht überschreiten dürfen.

Artikel II.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 12. Mai 1920.

**Der Reichswirtschaftsminister.**
J. V.: Dr. Hirsch.

# Lebensmittel-Kalender.

**Der Verkauf von Quark** erfolgt am Donnerstag, den 3. Juni 1920 auf den Abschnitt 36 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern Kunze, Körnerstr. 31, Kraneis, Dieskauer Str. 6, den Milchhändlerinnen Ebert, Gr. Brunnenstraße 54, Jäckh, Gr. Brunnenstraße 16, Meinhardt, Zietenstraße 5 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Beesener Straße 1; an letzterer Stelle nur von 8 bis 12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 5. Juni abzuliefern.

**Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule, am Donnerstag, den 3. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 50 001 bis 54 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 54 001 bis 57 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Hausbaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

**Städtischer Verkauf von Kerzen** in der Talamtschule am Donnerstag, den 3. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 5000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es werden an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, 3 Kerzen zum Preise von vier Mark für drei Stück ausgegeben — Für Unregelmäßigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen. — Der Lebensmittelschein in dem die Abgabe der Kerzen vermerkt wird, ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

**10 000 Pfd. Seefische**
von ganz frisch eintreffenden Zufuhren
kommen Donnerstag und Freitag zum Verkauf
Cabliau o. Kopf Pfund Mk. 1.30
Schellfisch o. Kopf Pfund Mk. 1.60
**Friedrich Krahmer,**
Fluß- und Seefischhandlung.
Fischerplan 3. Telefon 6205.

**Für Wiederverkäufer!**
Neuer Posten
**Chesterfield,**
staunend preiswert, ausserdem Nabo, T. u. B. sowie andere bekannten Marken.
**A. M. Berndt,**
Alte Promenade 6.
Donnerstag
Familienfestlichkeitshalber geschlossen
Alte Promenade 6 Alte Promenade 6

**Holzpantoffeln**
nicht mitgestückeltem Lederblatt,
nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst
**Otto Fricke,** Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

**Nähmaschinen**
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
**Karl Möller,** Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

**Neuerscheinungen zur Wahl**
Scheidemann: Einigkeit, nicht Selbstzerfleischung! 0,75 Mk.
Die Schuldigen an Deutschlands Elend 0,50 Mk.
Heinz: Die große Ausrede von der erdolchten Front
Abwehr der niederträchtigen Verleumdung 2,40 Mk.
Kuttner: Die erdolchte Front
Eine grimmig-witzige Anklage gegen die wahren Mörder der Front. 2,50 Mk.
Krüger: Diktatur oder Volksherrschaft
Der Kapp-Putsch und seine Lehren . . . . . 1,80 Mk.
Osterroth: Wir u. die U.S.P.
Eine häusliche Auseinandersetzung über das, was uns trennt . . . . . 0,75 Mk.
Frauenstimmen zu den Zeitfragen 2,75 Mk.
Der Sündenspiegel.
Illustrierte, humoristisch-satirische Wahlzeitung 0,50 Mk.
**Verlag d. Volksstimme,**
Gr. Ulrichstr. 27.

**Grudeöfen**
in verich. Größen und Ausführungen, sowie Reparaturen
Aug. Domke
Grudeofenfabrik, Taubenstr. 9.

**Reparaturen an Uhren**
übernimmt bei solider Ausführung u. normal. Preisen
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

**Durchschlagpapier**
Quart u. Folio i. gut. Qualit.
**J. Zoebisch,**
Grosse Steinstr. 82.

**In großer Not**
befinden sich die Hochwasser-Geschädigten in den Mansfelder Landen, Unersetzlich ist der Verlust an Hab und Gut, den unsere Volksgenossen erlitten haben. Wir richten die dringende Bitte an alle Ortsgruppen, sofort Sammlungen zu veranstalten und die Beträge an den Genossen Oskar Schreiber, Eisleben, Hintere Siebenhitze 30 I einzusenden.
**Der Vorstand der alten sozialdemokratischen Partei für die Mansfelder Kreise.**
Alfred Strauß, Vorsitzender, Eisleben, Leuschnerstraße 5.

**Rolladen Jalousien Markisen**
usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
**Hönemann**
Büro: Am Bauhof 1.
Fernr. 5849 u. 3631.

Eine Sehenswürdigkeit ist mein
**Damen-Frisier-Salon**
J. Wrycza,
Leipziger-Straße 28 am Turm.

**Warum quälen Sie sich?**
Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrhen der Atmungsorgane Asthmabeschwerden, tuberkulösen Lungenleiden haben
**Biolin-Pillen**
vom Laboratorium „Ria" schon vielen geholfen. Viel Dankschreiben. Schachtel 5 ℳ. 4 Schachteln zu einer Kur 18,50 ℳ. Versand u. Nachnahme. Generaldepot in der Adler-Apotheke, Königshütte O.-S., Kronprinzenstraße 1.

**Einigkeit nicht Selbstzerfleischung**
Reden von Philipp Scheidemann, Hermann Müller, Marie Juchacz, Robert Schmidt und Paul Löbe
**Preis 75 Pf.**
Um aus agitatorischen Gründen Massenumsatz zu erzielen, wird von dem 20 prozentigen Buchhändleraufschlag Abstand genommen. Die Lieferung zum Einzel- u. Wiederverkauf erfolgt durch die
**Buchhandlung der Volksstimme**
Große Ulrichstraße 27.

**Stadt-Theater**
Donnerstag, d. 3. Juni, Anf. 7½, Ende 10 Uhr:
**„Femina".**
Freitag:
**Der Bettelstudent.**
Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

**Apollo-Theater 8 Uhr.**
Heute u. folg. Tage:
**Der fidele Gauner.**
Eine Spitzbubengeschichte in 3 Akt. v. M. Neumann.
Mit Paul Beckers in der Titelrolle.

**Für Gewerkschaftsfeste,**
Kinder-, Garten- und Volksfeste empfiehlt Stocklaternen, Fackeln mit Lichte, Tragstäbe, Girlanden u. sonstige Kinder-Belustigungs-, Geschenk- und Verlosungsartikel
**Paul Lange,**
Merseburgerstr. 168 neben Apollo-Theater.


## Bitterfeld

### Ausgabe von Brot-Fleisch-Fett-u. Zuckerkarten

Die Ausgabe der vorbezeichneten Karten erfolgt an:
**Donnerstag, den 3. Juni d. Js. von 8 bis 12 Uhr die Bezirke 1 bis 3.**
**Donnerstag, den 3. Juni d. Js. von 2 bis 5 Uhr die Bezirke 4 bis 5.**
**Freitag, den 4. Juni d. Js von 8 bis 12 Uhr die Bezirke 6 bis 8.**
**Freitag, den 4. Juni d. Js. von 2 bis 5 Uhr die Bezirke 9 bis 10**
im Döring'schen Konzerthause — Kaiserstraße 67 — gegen Vorlegung der Brotscheine.

Verloren gegangene Karten werden **nicht** ersetzt.

Bitterfeld, den 1. Juni 1920.

**Der Magistrat,** Schmidt.

## Weißenfels

### Aenderung in der Brotmarkenausgabe.

Alle im hiesigen Stadtkreise versorgungsberechtigten Personen werden darauf hingewiesen, daß für die am nächsten Dienstag, den 1. Juni beginnende Brotmarkenausgabe ein neues Abfertigungsverfahren Platz greift. Die Ausgabe findet nicht mehr in der bisher üblichen Weise nach Brotmarkenbezirken statt, **sondern nach der Straße,** welche der betr. Brotscheininhaber (Haushalt oder Einzelperson) bei **Ausfüllung des neuen Haushaltbogens** Mitte April angegeben hat, d. h. in welcher er jetzt wohnt, oder Mitte April gewohnt hat. Die Straßen sind alphabetisch geordnet und werden der Reihe nach aufgerufen. Die 4 Ausgabetische in der Markenausgabestelle bleiben bestehen.

**Am Donnerstag, den 3. Juni** werden folgende Straßen abgefertigt:

von 7½—9½ Uhr: Abgefertigt werden am
Tisch 1 Leipzigerstr. 1—59,
„ 2 „ 60—Schluß,
„ III Alte Leipzigerstr., Ladegaste, Leinastr.,
„ IV Langendorferstr.,
von 9½—12 Uhr: „ I Am Markt, Markt,
„ II Lutherstr.,
„ III Marienstr.,
„ IV für etwaige Nachzügler.

**Die alten Brotscheine** sind gegen Aushändigung eines neuen Brotscheines abzugeben. Späterhin ist die Verabfolgung von Brotmarken usw. auf alte Brotscheine ausgeschlossen.

Zur Ausgabe kommen außer den Brotmarken noch neue **Fleischkarten, Zuckermarken** für den Monat Juni, sowie die neu eingeführten **Quarkkarten.**

Sämtliche Zusatzmarken werden an Tisch 1 aus gegeben; Ab- und Abmeldungen sind an den Tagen der Hauptausgabe nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Einhaltung der Ausgabezeiten ist dringend erforderlich.

**Weißenfels, den 29. Mai 1920.**

**Der Magistrat.**

### Bestellzettel.

Hiermit bestelle ich die „Volksstimme" mit Nachlieferung ab 1. Juni oder vom . . . ./. . . . ab (Das unzutreffende streichen.) zum monatlichen Bezugspreise von 4,50 Mk. täglich frei Haus. (Für Abholer 4 Mk.)

Name: . . . . . .
Wohnung: . . . . . straße, Nr. . . .
Wohnort: . . . . . Datum . . .

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Der Frachtstückgut- u. Ladungsverkehr

von Halle (Saale) nach **Altona, Hamburg u. Harburg zu Gunsten des Wasserweges** wird mit Ausnahme von wenigen Gütern, **die durch Aushang bei der hiesigen Güterabfertigung bekannt gegeben sind, gesperrt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200602-11/fragment/page=0004

# Partei-Angelegenheiten.

**Sozialdemokratischer Verein für Halle.** Gegründet am 19. April. 1889. Sämtliche Mitglieder der Wahlleitung und Distriktsführer wollen am Donnerstag abend 6 Uhr im Vereinslokal, St. Nikolaus, pünktlich erscheinen oder Vertreter senden. Es gilt, die letzten Vorbereitungen für den Wahltag zu treffen. Einige Distriktsführer geben in ihren Distriktslokalen Donnerstag abend 8 Uhr wichtige Informationen. Nähere Angaben erfolgen durch diese in der morgigen Ausgabe an dieser Stelle. Die für den Saalkreis gemeldeten Wahlhelfer und die sich dafür noch meldenden Genossen werden zu Freitag abend 7 Uhr in das Parteibüro, Zimmer 12, Harz 42/43, oder vorher nach Gr. Ulrichstr. 27, gebeten. Die Wahlleitung. J. A.: W. Herzig.

**Freier Sängerchor.** Freitag abend 8 Uhr im Vereinslokal, Restaurant zum Schultheiß, Merseburger Straße 10, Generalversammlung. Tagesordnung: Kassenbericht und Vereinsangelegenheiten. Wir bitten alle Sangesbrüder, und auch die passiven Mitglieder, vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

# Aus dem Stadtkreis.

Halle, 2. Juni 1920.

## Wählerversammlung der S. P. D.

### Festnagelung „deutschnationaler“ Schmutzereien.

Die gestrige Versammlung unserer Partei gestaltete sich zu einem vollen Erfolge für unsere Bewegung am Orte. Der einzige Makel dieses Abends war, daß der angekündigte Referent, Gen. Hörsing, verhindert wurde, zu erscheinen. Da aber augenblicklich in Magdeburg wichtige Verhandlungen mit den Landarbeiterorganisationen und der Regierung stattfinden, die einen drohenden Streik in der Landwirtschaft verhindern sollen, wurden die Gründe für das Fortbleiben des Oberpräsidenten Gen. Hörsing von der Versammlung als berechtigt anerkannt. Für den so verhinderten Gen. Hörsing trat der Gen. Wittmaack-Magdeburg in die Bresche, der in vorzüglicher, sachlicher Weise auf die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl hinwies, den Aufmarsch der einzelnen Parteien, vor allem der „neuen“ Rechtsparteien scharf beleuchtete und somit ein Bild geben konnte über die gegenwärtigen politischen Strömungen im deutschen Volke. Logisch, Satz für Satz folgerichtig weiterbauend, türmte der Referent das Anklagematerial für die Schuld am gegenwärtigen, das deutsche Volk peitschenden Elend auf. Vernichtend fiel denn all diese Schuldlast auf das alte System und dessen Männer, die heute zum Teil wieder in den „nationalen“ Parteien politisieren. Das fürchterliche, inhaltsschwere Wort „Weltkrieg“ mit seinen, sich immer mehr offenbarenden, zersetzenden Folgen, ist für alle Zeiten unlöslich mit diesen Männern eng verbunden und daraus ergibt sich ganz automatisch eine Vorstellung von der schweren Schuld dieser Männer an der uns bedrückenden Not. Heute apellieren diese Leute an die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes und der breiten Wählermassen. Mit Hilfe ihrer Schmutz- und Lügenpropaganda verbergen sie ihre schuldbeladene Vergangenheit und haben es augenblicklich fertig gebracht, das Niveau dieses Wahlkampfes tiefer und tiefer zu zerren. Der Redner ging hierbei auf das „Schieberflugblatt“ der „Deutschnationalen“, das sich gegen den Gen. Hörsing richtet und in den Straßen Halles verteilt wurde, ein. **An Hand der tatsächlichen Ereignisse zeigte er die Verlogenheit dieses Schmierproduktes und nicht ein einziger Mann der zur „Abrechnung“ erschienenen Schwarzweißroten unterbrach den Beifall der Versammlung bei der Abführung dieser Lügenpartei.** Der Redner streifte dann in der weiteren Folge seiner Ausführungen alle Probleme der Jetztzeit. Die Schuld und vor allem die Sympathie der Rechtsparteiler an und für den Kapp-Putsch, konnte der Referent mit Hilfe deutschnationaler Kronzeugen treffend nachweisen. Auf die Bestrebungen der links von uns stehenden Parteigruppen eingehend, erinnerte Gen. Wittmaack vor allem an die nicht zu vergessende historische Schuld der Unabhängigen, welche dieselben mit der Spaltung der großen, geschlossenen sozialdemokratischen Partei auf sich geladen haben. Wenn auch jetzt, in diesem Wahlkampfe keine Einheitsfront der sozialdemokratischen Parteien errichtet werden konnte, so liegt die Schuld daran nicht an der Sozialdemokratie, sondern ebenfalls wieder an der blinden Starrköpfigkeit der Unabhängigen. An den Aussprüchen Kautskys, Bernsteins, Hilferdings, Ströbels usw. zeigte er, wie groß die sich gegenseitig reibenden Strömungen im Rahmen der U. S.P. sind und kam zu dem Schluß, daß dieser zwischen Demokratie und Diktatur hin und her taumelnde Zwitterpartei im Gesamtzuge der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung nur eine vorübergehende Erscheinung sein kann. Die erschienen Unabhängigen machten bei Vorhaltung dieses Spiegelbildes, trotz der Anweisung „von oben“, die Versammlung durch ihre gereizten Zwischenrufe reichlich „interessant“. Mit der Aufforderung an die Versammelten, das Gehörte in das Leben hinauszutragen und dort seine Worte an die Lauen und Interesselosen weiterzuverbreiten, schloß der Referent seine Ausführungen. Seine Worte klangen mit dem Wunsche aus. daß die sozialdemokratische Partei im neuen Reichstage mit Hilfe der anderen sozialistischen Parteien eine Mehrheit bilden möge, um das schon Vorbereitete restlos durchzuführen.

In der freien Aussprache meldeten sich eine Frau von den Demokraten und der Gen. Hesse zum Wort. Die zahlreich erschienenen „tapferen“ Unabhängigen schwiegen sich wieder einmal aus. Vielleicht nehmen sie an, daß erst dann die Versammlung „interessant“ geworden wäre. Desgleichen muckten die sonst so „redefesten“ Deutschnationalen mit keinem Wort. Die Hiebe hatten eben überall zu fest gesessen.

Alles in allem ein Erfolg für unsere Partei, der das Zusammenbruchsgefasel unserer Gegner deutlich genug lächerlich gemacht hat.

Heute abend in der Saalschloßbrauerei spricht der Gen. Prof. Dr. Waentig über das Thema: „Vor der Entscheidung!“ Auch zu dieser Versammlung müssen unsere Anhänger in Massen erscheinen.

# Vor der Entscheidung!

**Ueber dieses Thema spricht heute Mittwoch abend 8 Uhr in der**

## Saalschloßbrauerei

## Gen. Professor Dr. Waentig.

**Kein Wähler, keine Wählerin versäume die hochwichtige Versammlung!**

## Maurenbrecher, der deutschnationale Kriegshetzer.

Im Walhallatheater sprach am Montag abend für die Deutschnationalen der Exsozialist Dr. Maurenbrecher. Selten einmal hat ein Mann wie dieser eine Entwickelung durchgemacht, mit der er selbst ein gut Teil seiner einstigen Lebensanschauungen totschlug. Der Mann, der in seiner Hohenzollernlegende das unberechtigte Dasein der Hohenzollern auf den Thron Deutschlands nachwies, gibt sich heute die größte Mühe, den alten Zustand wieder herbeiführen zu helfen. Von diesem Gedanken war seine ganze Wahlrede getragen. Mit einer Handbewegung, als seien die hinter uns liegenden Kriegsjahre olympische Spiele gewesen, ging er über diese Zeit hinweg mit den Worten:

„Was hinter uns liegt, soll uns nicht kümmern. Sehen wir die Zukunft und beachten wir die Gegenwart. Die Zukunft wäre gut, meinte er; und tausende Deutscher erhüben heute die Hände, um das alte Deutschland wieder auferstehen zu lassen. Die Revolution, die Begehrlichkeit (!) der Massen hat den Bolschewismus erzeugt; und der Apparat der sozialistischen Regierung hat uns Versailles beschert und wenn es nicht anders sein kann, dann wollen wir, ehe wir in die Sklaverei gehen, **lieber den Krieg,** der uns Ordnung schaffen wird. Wir wollen das Kaisertum wieder aufrichten. Mord und Blut sei der Weg der sozialistischen Minister. Wie anders die Kappregierung. Nicht ein Tropfen Blut sei durch sie geflossen. Das Vorgehen von Kapp und Lüttwitz verurteilen wir, im Prinzip aber **billigen wir ihre Handlungsweise.** Sein Vortrag klang mit dem Ruf: wählt nationale Männer an die Spitze — entfacht eine große nationale Erhebung — zurück zur Freiheit unserer Väter; und wir sind frei von Versailles.“

Ihrer Gesellschaftsschichtung gemäß waren die Zuhörer im Saale richtig eingeteilt. Die Linken saßen links; und die Rechten rechts. Die Auffassung der sogenannten besseren Leute wurde am treffensten durch einen Zwischenruf einer vornehmen Dame gekennzeichnet. An einer Stelle des Vortrages kam von links der Zwischenruf: „Wir wollen Essen und Schuhe.“ Mit klarer Stimme erscholl von der rechten Seite der Ruf jener besseren Dame: „Wenn Ihr Euch keine kaufen könnt, dann geht Ihr barfuß!“ So ungefähr stellen sich die Deutschnationalen ihre zukünftige Herrschaft vor; und die Arbeiter und Angestellten der Mittelstände, wie die Minderbemittelten überhaupt, werden sich nicht beklagen dürfen, wenn durch ihre Kurzsichtigkeit den nationalen Parteien die Herrschaft zufallen sollte. In der Diskussion wurde entgegen der Zusicherung der freien Aussprache, den Rednern nur eine Redezeit von vier Minuten gewährt. Es war deshalb unserem Genossen Hesse, der sich Herrn Maurenbrecher, seinem einstmaligen Lehrer, als Schüler vorstellte, nicht möglich, die Klinge ausgiebig mit ihnen zu kreuzen. Er verstand es jedoch, sich die Aufmerksamkeit der nach tausend zählenden Zuhörerschaft zu verschaffen. Als er den Maurenbrecherischen Gedanken, vom baldigen Kriege, bekämpfte, versuchte man, dagegen zu demonstrieren. Genosse Hesse jedoch sagte der Versammlung, daß gerade die, die in einer Versammlung sich für den Krieg begeistern, diejenigen wären, die sich als Frauen und Mütter noch vor kurzer Zeit die Finger wund schrieben, damit sie ihre Väter, Männer und Söhne dem Morden fernhalten konnten.

Des Weiteren sagte er den zahlreich anwesenden Beamten und Angestellten, sie möchten mit ihren Beifällen, den sie der Kriegstreiberrede zollten, recht sparsam sein, denn sie seien es gerade, deren soziale Stellung sich durch die unermüdliche Arbeit der Sozialdemokratie oder Revolution am meisten verbessert habe; und wenn sie als Männer und Frauen heute politische Rechte und Freiheiten hätten, so würden sie diese in dem Augenblick verloren haben, als sie den Rechtsparteien durch ihre Kurzsichtigkeit die Regierung in die Hand gespielt hätten. Vom Vorsitzenden unterbrochen, daß die Redezeit zu Ende sei, erschollen tausend Rufe: „Weiter reden.“ Unser Genosse fügte sich jedoch den Weisungen des Vorsitzenden und verließ unter stürmischem Beifall die Rednertribüne. Die Deutschnationalen fürchten uns, deshalb versuchen sie im Wahlkampf, indem sie volle Freiheit anpreisen, den Gegner gar nicht zu Worte kommen zu lassen. Mögen die Wähler aus diesen Beispielen ersehen, wie sich die „Freiheit“ der Deutschnationalen bemessen wird. Die beste Antwort auf das neue kriegshetzerische Treiben der Deutschnationalen ist Wahl der Verterter der Sozialdemokratie, der

## Liste Krüger — Waentig.

### Eisenbahner-Wahlversammlung.

Am Freitag, den 28. d. J., hatten die Eisenbahner eine Versammlung nach Wilsdorfs Gesellschaftshaus einberufen, die gut besucht war. Der von der S. P. D. für die Reichstagswahl aufgestellte Kandidat Oberassistent Kunzemann entwickelte sein Programm. Um Zeit für eine Aussprache zu bekommen, faßte sich der Redner nur kurz.

# Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(50. Fortsetzung.)

14.

Tag reihte sich an Tag und Woche an Woche. Seit das Kind mit einer älteren, überlegenen Gespielin im Verkehr stand, diese täglich lieber gewann und auch seinethalben bedacht und besorgt wußte, ward es zusehends beruhigter, die widrigen Anfälle traten minder häufig und heftig auf, dafür hing aber auch Burgerl wie eine Klette an Magdalenen und diese behielt wenig Zeit für sich, und das hatte wieder für sie sein Gutes; die stete Bedachtnahme auf die Kleine, das Hineinleben in die neuen Verhältnisse und Vertrautwerden mit denselben beschäftigte sie vollauf, und ganz von der Gegenwart in Anspruch genommen, fand sie keine Muße, sich um die Zukunft zu sorgen, oder die Vergangenheit, wenn sie selbe auch nicht vergessen konnte, sich zu vergegenwärtigen und Gedanken darüber nachzuhängen, und wenn, nach einem innersten Herzwinkel zurückgedrängt, auch manchmal in nächtlichen oder wachen Träumen das Vergangene schmerzend dort aufzuckte, so deckte doch der Tag mit seiner satten Farbe das matte Traumbild und das unmittelbare Empfinden verscheuchte das träumerische Erinnern.

Magdalene hatte nur jene Stunden für sich, während welcher der Lehrer mit Burgerl sich abmühte, die Anzahl derselben war aber in letzter Zeit vermehrt worden. Lange schon hatte der Alte geklagt, daß das Kind so wenig aufmerke und so schwer in der Stube zu halten sei, aber in seiner Unbeholfenheit hatte er sich nur Knechten und Mägden auf dem Gehöfte und Leuten im Orte anvertraut, die alle ihm weder helfen konnten, noch wollten, und seine Aussage nur als willkommenen Stoff zu Klatsch benutzten, um dem reichen Bauer hinterrücks eins aufzuhängen, die einen gaben ihm Schuld, daß er das Kind verwahrlosen lasse, die anderen fanden ihn dadurch bestraft, daß dieses ganz und gar „deppig“ sei und wohl auch sein Leb'lang bleiben werde; wodurch er die Schuld auf sich lud und wofür er die Strafe trug, darüber zerbrachen sich allerdings weder die einen noch die anderen die Köpfe. Ganz zuletzt kam dem Lehrer der Einfall, der vielleicht jedem anderen zuerst gekommen wäre, sich an den Vater seiner nachlässigen Schülerin zu wenden, aber für den ängstlichen Mann war es eben kein Kleines, dem Angesehensten im Orte und weit in der Runde zu sagen, dein Kind ist weniger anstellig, als der nächstbeste Kleinhäuslersrange, der mir mit bloßen Füßen in die Schulstube gerannt kommt.

„Nichts für ungut, Grasboden-Bauer,“ sagte er denn eines Tages, „aber ich kann dein'm Dirndl kein Vakanz mehr verstatten, hm, hm, es ging wider mein Gewissen, sie bleibt mir hinter alle zurück, hm, hm, und wenn du sie prüfen ließest und sie bekäm' ein schlecht Zeugnis, das wär' mir eine ewige Schand', hm, hm, ja, denn wie rechtschaffen du mich für mein' Sach' bezahlst, möcht's schier aussehen, als käm' ich nicht dafür auf, hm, hm, und da tät' ich wohl bitten, du verhielt'st mir's dazu, daß sie auch an Donnerstagen und Sonntagen Lehrstunden nimmt, hm, hm, mich reut die Müh' nit und du brauchst's nit extra z' lohnen.“

„Weißt, Schulmeister,“ sagte der Bauer, „das fiel' mir nit bei, daß ich dich anschuldigen möcht', als verstünd'st du dein' Sach' nit, wann dir's gleich bei derer Teufelsdirn' fehlschlaget. Das Köpfel wär' nit so schlecht, das weiß ich, aber Sitzfleisch is kein's da, das weiß ich auch, und streng sein fleckt da nit, ich dankte Gott, vertrüg' sie wie ein anders ein' Tracht Schläg'; aber du weißt ja! No, daß wir von der Sach' reden, was über's Bedungene hinausgehet, das kann ich mir nit schenken lassen, und da drüber würden wir uns wohl einigen, ich frag' dich nur, ob du glaubst, daß du in derer Weis' was richt'st?“

Der Schulmeister beteuerte seinen guten Glauben, in der Weise wohl etwas richten zu können, und der Grasboden-Bauer war es zufrieden. Burgerl zog freilich sauere Gesichter, wenn sie nun jeden Donnerstag den Alten zweimal die Treppe heraufstapfen hörte, und wenn er sich gar Sonntags bald nach Tische einstellte, aber an dem Vormittage mußte er sie wohl frei geben; denn da hatte er in der Kirche die Orgel zu spielen, oder, wenn ein Hochamt war, die Geige zu streichen, wozu die andern zur Ehre Gottes darauf los paukten und trompeteten, als ob sie des Teufels wären.

Vier Wochen waren verstrichen, seit sich Magdalene auf dem Gehöfte des Grasboden-Bauers befand, wieder war es Sonntag geworden, rings lag alles in feiertäglicher Ruhe, ein Teil des Gesindes, der den Nachmittag frei hatte, war gleich nach dem Mittagessen auf- und davongegangen, der andere Teil, der heim bleiben mußte, zerstreute sich und zogen sich die einzelnen oder ihrer etliche zusammen nach einem schattigen Winkel zurück. Mägde vertrauten sich ihre Heimlichkeiten an, sagten sich alles Schöne und anderen alles Ueble nach, besonders den gottlosen Buben, und diese hielten es ganz gleich mit den „verhöllten“ Dirnen. Von den einzelnen ging müßig, wer dazu Lust hatte, wer sich aber Arbeit wußte, der beschäftigte sich nützlich, manche Dirne setzte ihre schadhaften Kleidungsstücke sorglich instand und tat dann wohl auch ein übriges für die ihres Schatzes, und dieser, wenn er sich anders darauf verstand, Schuhzeug zu nageln, vergalt ihr an den Füßen, was sie ihm an den Armen, auf dem Rücken oder sonst wo gebessert. Alle aber erfüllte der tröstliche Gedanke, daß sie, die Heimbleiber von heute, über acht Tage die Herumtreiber sein werden, und das Vergnügen, das sie sich davon versprachen, kosteten sie schon jetzt vor.

Als der Lehrer in Burgerls Stübchen trat, nahm Magdalene eine Näharbeit mit sich, stieg die Treppe hinab, um in den Garten zu gehen, unten im Flur angelangt, sah sie den Bauer an dem Türpfosten lehnen.

Ja, wie sie mit dem Grasboden-Bauer daran war, das wußte sie nicht. In der ersten Woche hatte die alte Seferl, die gerade am Hüftweh litt, sie gebeten, ein Schaff Wasser nach der Küche zu tragen; das Schaff war groß und trug sich schwer, der Bauer, der nahe stand, trat rasch hinzu, wollte anfassen und es mit ihr zu Zweien tragen, aber Magdalene wollte sich nicht um alle Welt untüchtiger wie das alte Weiblein zeigen, das sich so oft damit schleppen mußte, daher sagte sie lachend: „Aber was dir nur einfallt, Bauer, wirst mir doch nit helfen wollen, das klein „Lackerl“ Wassers tragen? Bei der alten Seferl kommst nie auf den Gedanken.“ Der Bauer errötete und lachte auch, dann aber sah er sie ernst an und sagte: „Weißt, weil dir solch' Arbeit nit zukommt.“ Damit wandte er sich ab, und seither, wenn sich auch Gelegenheit dazu schickte, war er ihr nie mehr beigesprungen und sprach nur wenig mit ihr, freilich dieses wenige so freundlich, wie es den meisten Leuten gegenüber seine Art war. Ließ er sie sich nur Burgerls wegen auf seinem Hofe gefallen, und stand sie ihm weiter nicht zu Gesicht?

Anders verhielt sich's mit Heiner, dem Großknechte, den Burgerl so gerühmt hatte, der ließ es Magdalene gleich nach den ersten Tagen und seither bei jeder Begegnung merken, daß er ihr nur zu gut wäre, und darum wich sie ihm immer sorglich aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200602-11/fragment/page=0005

In der Diskussion sprach Ex-Eisenbahnsekretär Herr Sperl für die Demokraten, ein Herr Ebert für die Unabhängigen und ein Herr Rechnungsrat Roade weniger für eine Partei, sondern ermahnte zur Einigungsbestrebung aller Parteien.

Die gemachten Einwände wurden zum Teil schon in der Diskussion von einigen weiteren Rednern selbst und in dem Schlußwort des Referenten klargestellt.

Mit großem Beifall schloß der Redner seine Ausführungen. Der Versammlungsleiter forderte nochmals die Erschienenen auf, einstimmig die Liste Krüger — Waentig zu wählen und machte im besonderen darauf aufmerksam, daß darin ein Vertreter der Eisenbahner aufgenommen ist.

## Was haben die Polizeibeamten vom neuen Reichstag zu erwarten?

Im dicht besetzten Saale der „Weißbierhallen" sprach am 1. Juni abends vor den Beamten der Sicherheits- und der städt. Polizei und den Justizbeamten der Reichstagskandidat Polizeioberwachtmeister Genosse Albinus-Berlin über das Thema: „Was haben die Beamten der Polizei und Justiz vom neuen Reichstage zu erwarten". Von der Sicherheitspolizei sprach der Wachtmeister Genosse Flücht.

Genosse Albinus gab der Versammlung eine kurze Skizze der einzelnen Parteien und rollte dabei das ganze Sündenregister der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf. Auch der schwankenden Haltung der Demokraten und Christlichen Volkspartei gedachte er und gab treffende Beispiele für den äußerlichen Wandel derselben. Redner ging dann auf seine Erlebnisse bei der Gründung des Verbandes deutscher Polizeibeamten im Jahre 1913 ein. Welchen Verfolgungen und Schikanen die drei „Haupträdelsführer" durch den damaligen Polizeipräsidenten Jagow ausgesetzt waren. Ferner entrollte er ein Bild über die Kriegspolitik der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, über die Auswucherung unseres Volkes, das in seiner Gutgläubigkeit, besonders in Beamtenkreisen auf das Ehrenwort der Vorgesetzten bauend, belogen und betrogen wurde.

Im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch streifte er dann den schmählichen Verrat an der Reichsverfassung, welchen das Offizierkorps bis auf wenige rühmliche Ausnahmen beim Kapp-Putsch geübt hat. Das Ziel dieser Verfassungsbrüchigen war einzig und allein Aufrichtung der Monarchie, Aufrichtung der alten Klassenherrschaft. Die Disziplin der schaffenden Bevölkerung und nicht zum mindesten der Beamtenschaft hat es verhindert und werde es weiter verhindern. Der Beamte ist ein freier Mann geworden, nicht Standesdünkel sollen geglaubt und vorgezogen werden, sondern durch richtigen Gebrauch des Koalitionsrechtes muß der Beamte mit der schaffenden Bevölkerung seine Position im Staate ausbauen. Der einzelne ist machtlos, nur eine festgefügte Organisation kann Wertvolles schaffen. Die Stellung der Sozialdemokratie in der Besoldungsfrage ist durch den jetzt schon vorliegenden Antrag für den neuen Reichstag gegeben. Mit gleicher Energie tritt die Sozialdemokratie auch für restlose Demokratisierung der Verwaltung ein. Notwendigkeit ist Sieg der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl. Jede Beamtenstimme für die Liste Krüger — Waentig.

Der mit anhaltendem Beifall gekrönten Ausführungen folgte die Diskussion. Da sich auf die besondere Aufforderung Gegner nicht meldeten, brachte Gen. Karin noch eine Episode aus der Kapp-Putsch-Tagen zur Gehör, welche dahin auslief, daß Polizeibeamten sich nicht zur Ausführung verbrecherischer Befehle mißbrauchen lassen dürfen. Straffe Organisation und Solidarität seien unsere Kampfmittel. Nunmehr kennzeichnete der Genosse Wachtmeister Flücht von der Sicherheitspolizei das Verhältnis der Beamten zur Kommunalen Polizei. Wir alle sind Söhne des Volkes und müssen uns als solche trotz der einseitigen militärischen Erziehung mit dem Volke, mit der schaffenden Bevölkerung eins fühlen. Die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind Vorbilder für den Begriff Solidarität und Einigkeit, ihre praktischen Erfahrungen wollen wir verwerten und wir werden eine Macht und sichere Stütze der Republik werden, der wir unsere Freiheiten verdanken. Redner schließt mit dem Appell, jeder organisiere sich und wähle die Sozialdemokratische Partei, Liste Krüger — Waentig. (Reicher Beifall.)

Der Vorsitzende schloß nach kurzen Dankesworten an die Versammlung mit Hinweis auf rege Agitation der Versammelten in ihren Kollegen- und Kameradenkreisen, die sehr imposante und erfolgreiche Versammlung, welche uns 79 Neuaufnahmen und Volksstimme-Abonnenten brachte, mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Ausstellung von Wahlscheinen.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl können folgende Personen auf Antrag einen Wahlschein zur Ausübung des Wahlrechts erhalten:

1. Ehemalige Soldaten der Wehrmacht, die wegen Ruhen des Wahlrechts in die Wählerliste nicht eingetragen oder deren Namen dort mit dem Vermerk „ruht" versehen werden sind auf den Grund für das Ruhen des Wahlrechts nachträglich weggefallen ist;
2. Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, falls die Betreffenden nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten ihren Wohnort in das Inland verlegt haben;
3. Kriegsteilnehmer im Ausland zurückgehaltene Reichsangehörige, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten in das Inland zurückgekehrt sind;
4. Ehemalige Angehörige Elsaß-Lothringens, die nachträglich die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Lande erworben haben.

Die Ausstellung der Wahlscheine erfolgt im Büro VIII des Magistrats (Großer Berlin Nr. 11 p.), von 8—3 Uhr gegen Vorlegung der erforderlichen Unterlagen.

## Reichsbanknoten zu 50 Mark

vom 20. Okt. 1918 haben laut Verordnung vom 4. Aug. 1919 (R. G. Bl. S. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzl. Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. Js. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. 10. 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50-Mark-Note vom 19. November 1918 handelt.

## Vorsicht beim Baden.

Die Badezeit erfordert alljährlich zahlreiche Opfer. Auch die Saale hat schon viel Menschenleben auf dem Gewissen. Kürzlich ist erst wieder der Tod eines jungen Menschen, der beim Baden ertrank, zu beklagen gewesen. Deshalb bringen wir folgende Baderegeln in Erinnerung, deren Befolgung viel Unglück verhüten kann:

1. Geh nicht mit vollem Magen ins Bad. 2. Bade nicht in erhitztem Zustande, selbst nicht in leicht angetrunkenem. 3. Bade nicht, wenn du durch starke Körperbewegung erhitzt bist, zur Abkühlung genügt eine Viertelstunde. 4. Vermeide jede starke Strömung, denn diese ist selbst für einen sehr geübten Schwimmer der erste Feind. 5. Hüte dich, besonders wenn du keinen Grund mehr unter dir hast, vor dem „Verschlucken", denn wenn ein Schluck Wasser in die Kehle gerät, ist man bei leicht eintretendem Kehlkopfkrampf nicht mehr imstande, um Hilfe zu rufen und infolge des sich schnell einstellenden höchsten Atembedürfnisses und der Angst, in der man sich befindet, verfällt man in Ohnmacht und sinkt lautlos unter. 6. Unkundig des Schwimmens, gehe in einem die unbekannten Gewässer nicht viel tiefer als bis an den Nabel im Wasser, denn weiter vorzuschreiten, wo die tückische Untiefen drohen können und wo du dich in der Tiefe des Wassers gewaltig täuschen kannst, hat keinen Zweck. Durch wiederholtes Unterauchen bis über den Kopf erreichst du die erstrebte Abkühlung vollständig und mehr hast du als Nichtschwimmer ja nicht zu wünschen. 7. Höre gleich auf zu baden, sobald dich Kälteschauer überfällt und trockne dich dann sofort ab. 8. Sieh nicht unnötig viertelstundenlang am Ufer, und lasse es niemals dazu kommen, daß du am ganzen Körper zitterst und die Lippen blau werden. Schwere Erkältungserscheinungen, Mittelohrentzündungen, Blutarmut usw. sind oft die Folge solcher Uebertretungen. 9. Bade, wenn möglich, immer nur mit anderen zusammen, unter denen sich wenigstens ein tüchtiger Schwimmer befindet, der dir im Notfall schnell helfen kann.

## Hebung des Verkehrs in Halle.

Uns wird geschrieben:

Der Verkehrs-Verein Halle E. V. blickt mit dem Schluß des Vorjahres auf eine 15jährige Tätigkeit zurück. Das abgelaufene Jahr war auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ein sehr bewegtes und ereignisreiches. Die Verkehrshemmungen stiegen auf eine nie geahnte Höhe; wir haben Enttäuschungen erlebt und große Hoffnungen von einem schnellen Vorwärtsstreben zu Grabe tragen müssen. Wir sind der Ansicht, daß das Jahr 1919 den Verkehr in Deutschland so lahm gelegt hat wie er wohl noch bei keinem Volk zu verzeichnen gewesen ist. Die Waffenstillstandsbedingungen und der darauf folgende Frieden von Versailles haben den Verkehr in beispielloser Weise unterbunden und damit das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert. Den deutschen Handel und die Industrie wollten unsere Feinde vernichten; wie gut ihnen dies gelungen ist, ist jedem zur Genüge bekannt. Durch Wegnahme des besten Eisenbahnmaterials wurde eine planmäßige Unterbindung unseres Verkehrs herbeigeführt. Wie im Großen so muß auch jede Stadt Verkehrspolitik treiben, sie bildet jetzt eine Grundlage für unseren wirtschaftlichen Aufbau. Eine Verkehrswerbung wie sie unser Verkehrs-Verein seit seiner Gründung betreibt, kommt dem gesamten Wirtschaftsleben zugute, ihre Unterstützung durch reichliche Mittel ist umso mehr geboten, als unsere Feinde auf die Ausplünderung Deutschlands am Weltmarkt mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln hingearbeitet haben. Eine ausgedehnte Propaganda für das Reisen in Deutschland hat der Verein, gleich dem Bunde deutscher Verkehrs-Vereine, stets für notwendig erachtet. Der Heimatpflege im Verkehr haben wir durch ausgetragene Wettbewerbe zur Erlangung von guten Bildern aus Halle und seiner Umgebung sowie durch Bewertung der besten ausgeschmückten Vorgärten, Balkone und durch unsere herausgegebenen Führer usw. besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die vorhandenen Zustände und das Darniederliegen von Handel und Wandel haben uns im abgelaufenen Jahr die Hände. Zu bedauern ist, daß die Bestrebungen des Vereins in der Hallischen Bevölkerung nicht so verankert sind, wie dies im allgemeinen Interesse für notwendig erachtet wird. Die Werbetätigkeit beginnt in der Abgabe und Versendung von Werbeschriften und Führer. Insgesamt wurden über 7000 Bücher abgesetzt, sodaß bereits Vorarbeiten für einen neuen in Angriff genommen werden mußten. Dem Leiter des Roten Kreuzes, Herrn Juwelier Tittel, übergaben wir viele Tausend illustrierte Postkarten von Halle für die bei unseren Feinden festgehaltenen Krieger. Nach den städtischen Aufzeichnungen sind im abgelaufenen Jahre in Hotels 149 890 Fremde abgestiegen. Das Jahr 1918 konnte nur 124 031, das Jahr vor Eintritt des Krieges, also 1913, nur 121 339 aufweisen. Die Förderung des Fremdenverkehrs liegt durchaus im Interesse der Allgemeinheit. Durchschlagt waren die täglichen Ausgaben eines Fremden — Hotelgastes auf 40.00 Mark, so brachten die 149 890 in Gast- und Pensionshäusern im Jahre 1919 in Halle abgestiegenen Fremden eine Einnahme von 5 995 600 Mark. Viele davon haben sich wohl selbstverständlich auch länger als einen Tag aufgehalten und außer den Hotelrechnungen noch andere Ausgaben geleistet. Die Gesamteinnahme die Halle erhalten hat, muß daher noch weit höher eingeschätzt werden. Erholungsreisen sind in der heutigen, die Nervenkraft mehr als je in Anspruch nehmenden Zeit als eine unbedingte Notwendigkeit anzusehen. Trachten wir darnach, daß solche Reisen nicht ins Ausland unternommen werden, denn die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten sowie die Heilstätten und Bäder im deutschen Lande bieten vollen Ersatz. Gegen die drohende Gefahr einer Verlegung der hiesigen Eisenbahndirektion hat der Verein die notwendigen Schritte getan und wird weiter auch neben. Ebenso wird er keine Mühe scheuen für die Anlegung eines internationalen Luftverkehrsplatzes, für welchen unser gewesener Militärflugplatz mit seinen umfangreichen Gebäuden nicht nur willkommenes sondern auch in durchaus zweckentsprechendes Gelände bietet. Unsere heimische Presse aller Parteien hat unsere Bestrebungen stets unterstützt, ihr sei heute auch wieder verbindlichster Dank ausgesprochen.

## Hallischer Verschönerungsverein.

Der Verein hat mit Ablauf des letzten Vereinsjahres das 55. Jahr seiner Tätigkeit beendet. Er kann mit Stolz auf alle seine Arbeiten zurückblicken. Sie waren stets auf die Verschönerung der Stadt Halle und ihrer Umgebung gerichtet. Das abgelaufene Jahr galt im besonderen der weiteren Ausgestaltung des Galgenberges. Der Vorstand gelangte aber im Laufe des Jahres, entsprechend den veränderten Zeitverhältnissen, zu der einstimmigen Ansicht, daß dieser Berg als Schmuckstück der Stadt Halle nicht mehr von einem Verein mit geringen Mitteln, sondern von der Allgemeinheit auszugestalten sei, also von der Stadtgemeinde selbst. Der Berg ist inzwischen der Stadt unter den mitgeteilten Bedingungen übergeben worden. Für die Besserung der Wege auf der Rabeninsel und Herstellung von Durchlässen an Stelle der Grabenüberbrückungen, werden die nötigen Vorarbeiten aus dem in Wölbberg gegründeten Rabeninselverein erledigt. Die angemessene Instandhaltung des Erbbegräbnisses der Professor Trothschen Eheleute wurden der Stadt übertragen. Ueber die Kassenverhältnisse ist folgendes zu sagen: Der Einnahmen-Bestand aus dem Vorjahre betrug 1871,69 M., an Beiträgen gingen ein 1888,00 M., Zinsen aus Vermächtnissen 2428,45 M., sonstige Einnahmen 157,42 M. Ausgaben: Diäten und Löhne und Pension 3900,09 M. Drucksachen, Inserate und Berufsgenossenschaft 329,00 M., Reparaturen der Anlagen 22,75 M., sonstige Ausgaben 80,25 M. Saldo 2953,27 M. Abgänge waren 17, Zugänge 2 zu verzeichnen. Es verbleiben 439 Mitglieder.

---

Die Berufung des Leutnants d. R. Ferchland, des Militärbevollmächtigten des früheren Soldatenrates, der bekanntlich wegen seiner Amtsführung zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt ist, sollte vom 3. Juni an in Magdeburg vor dem Oberkriegsgericht zur Verhandlung kommen. Der Termin ist jedoch aufgehoben worden.

---

* Keine Ein- und Zweipfennigstücke mehr. Ein- und Zweipfennigstücke werden bis auf weiteres nicht mehr geprägt. Der Reichsminister der Finanzen hat dies in einer Verfügung an die übrigen Reichsbehörden für zweckmäßig und erfolglos erklärt. Die Verteuerung aller Rohstoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne, Versandkosten usw. macht die Herstellung dieser Münzen so teuer, daß sie ihren Nennwert weit übersteigt, selbst wenn man das geringwertigste Metall oder einen anderen Stoff verwenden würde. Dazu kommt die Sucht eines Teiles der Bevölkerung, Reichsmünzen selbst mit geringem Metallwert zurückzuhalten. Infolge der Preissteigerung hatten diese kleinen Münzsorten auch nicht mehr die Bedeutung wie früher.

---

* Postnachnahme ist keine Wertangabe. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In weiten Kreisen der Oeffentlichkeit ist noch immer die Ansicht verbreitet, daß, wenn man eine Postsendung unter Nachnahme verlichtet, die Post im Falle des Verlustes oder der Beschädigung dafür wie bei einer Wertsendung Ersatz leiste. Dies trifft nicht zu. Die Angabe eines Nachnahmebetrages gilt für die Post nicht als Wertangabe. Nachnahmesendungen werden bei der Post nur dann als Wertsendung behandelt, wenn auf ihnen außerdem noch ein Wert angegeben ist.

---

Der Postanweisungsverkehr mit der Tschechoslowakischen Republik ist am 3. Juni wieder aufgenommen.

---

* Die neuen Preise für Seife und die übrigen fetthaltigen Waschmittel sind aus einer Verfügung des Reichs-Wirtschaftsministeriums, die wir unter Bekanntmachungen veröffentlichen, zu ersehen.

---

*Die Vereinigung leitender Angestellter hielt am 29. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst über das Ergebnis der Verhandlungen gelegentlich des Abschlusses des halleschen Ortstarifes berichtet wurde, und außerdem die Wahl des endgültigen Vorstandes als Ersatz für den ausscheidenden vorläufigen Vorstand erfolgte. Die Ortsgruppe Halle der genannten Vereinigung gewinnt dauernd durch den Zuwachs neuer Mitglieder weitere Verbreitung und Einfluß. Zuschriften sind zu richten an den Schriftführer, Herrn Hölzel, Rudolf-Haym-Straße 20.

# Wirtschaftliches.

## Genossenschaft.

Das Genossenschaftswesen verkörpert die gesunde Vernunft der wirtschaftliche Konkurrenzkreit ist Wahnsinn. Eine weisen Menschheit wird eines Tages auf unsere Gegenwart und Generation zurückblicken und in Bewunderung jener edlen Seelen gedenken, die der Verfolgung anheimfielen, während Händler und Kriegsvolk sich breitmachten.

Die Genossenschaft steht in ausgesprochenem Gegensatz zum Geiste der Konkurrenz, Sie basiert auf dem natürlichen und erhabensten menschlichen Triebe. Sie ist schöpferisch; sie bringt die Menschen zusammen und läßt sie für das gemeine Wohl, für die bessere Befriedigung menschlicher Bedürfnisse arbeiten. Die Genossenschaftsbewegung erweitert den Kreis der Lebensbedürfnisse, bis sie einst alles umfaßt, was nützlich und herrlich ist. Durch sie lernt das Volk seine eigenen Geschäfte verwalten, seinen Bedürfnissen, für deren Befriedigung heute das private Unternehmertum im Interesse einiger Weniger sorgt, selbst zu genügen.

Das alles geschieht nicht im engherzigen Sinne des geschäftlichen Konkurrenzkampfes, sondern auf so breiter demokratischer Grundlage, daß alle menschlichen Wesen ohne Unterschied der Rasse, Religion oder der sozialen Stellung sich in der Bewegung betätigen und an ihrer Leitung teilnehmen können. Diese Bewegung vollzieht sich nicht auf Kosten einer ausgebeuteten Klasse. Sie ruft alle zur Mitwirkung auf. Je mehr Mitglieder sie umfaßt, desto größer wird der Erfolg. Das ist der Prüfstein ihres ethischen Wertes. Sie läßt keine neuen privilegierten Klassen entstehen. Sie ist allumfassend. Sie wächst und gedeiht, weil sie an Stelle des Kampfes aller gegen alle das Prinzip der gegenseitigen Hilfe setzt.

## Neue Ausfuhrverbote.

Den „P. P. N." wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Durch eine am 1. Juni 1920 in Kraft tretende Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers wird die Ausfuhr der Waren der Unterabschnitte A und D des zehnten Abschnittes des Zolltarifs (Waren aus tierischen Schnitzstoffen, aus anderen pflanzlichen Schnitzstoffen als Holz und Kork oder an anderweit nicht genannten Formerstoffen) neu geregelt. Es werden eine Reihe von Waren neu unter Ausfuhrverbot gestellt, so z. B. Nachahmungen von Elfenbein und Waren daraus, Nachahmungen von Schildpatt und Waren daraus, Perlmutterplatten, Nachahmungen von Perlmutter und Waren daraus, Fischbeinstäbe, Fischbeingeflechte, Hornstäbe, Knöpfe aus Knochen, aus Horn oder Hornmasse, sonstige Waren aus tierischen Schnitzstoffen. Zuständig zur Erteilung der Ausfuhrbewilligung für die Waren der Unterabschnitte A und D ist im allgemeinen die Außenhandelsstelle für Schnitzstoffe, Formerstoffe und Knöpfe Berlin W 57, Potsdamerstraße 75. Die Zuständigkeit anderer Stellen ist für die folgenden Waren begründet und zwar für: Zellhorn (Ziffer 639 A) Außenhandelsstelle Chemie, Lichtspiel- oder Kinematographen-Rollfilm (aus Ziffer 640 A) Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Stuhlrohr und ähnliche Rohrarten (Ziffer 642) Außenhandelsstelle für Faserstoffe, Haare, Borsten und Stuhlrohr Hamburg, Brodsohrangen 14, Stöcke aus Rohr (Ziffer 644) Außenhandelsstelle für die holzverarbeitende Industrie, Berlin, Kronenstraße 10.

# Vermischtes.

## Die Juden.

In den guten alten Stöckerversammlungen hat sich hinter stets ein kleiner Mann mit einer piepsigen Stimme als Zwischenrufer im Streite hervor. Die Sache ging so vor sich:

Wer hat die Moral unseres Volkes zerstört?
— Die Juden!
Wer ist schuld an all dem Elend des ehrlichen deutschen Gewerbes?
— Die Juden!
Wer bedroht unser geliebtes deutsches Vaterland mit dem Untergang?
— Die Juden!

Aber eines Tages erpienste es im Zwange der Gewohnheit bei der Schlußfrage:

„Wer aber wird uns herausführen aus diesem Jammer und herrlichen Zeiten entgegen?"
— Die Juden!

Worauf die Karriere des wohlbestallten Rufers für diesen Abend einen plötzlichen Abschluß fand. Man fühlte sich gepackt, gehoben und in hohem Bogen in den Hof bewegt.

# Kleines Feuilleton.

Der Flug zum Südpol. Ueber den englischen Plan, bei einer neuen Südpolarexpedition das Flugzeug zu benutzen, macht Prof Otto Baschin nähere Mitteilungen, denen die „Umschau" einige Einzelheiten entnimmt. Die „Terra Nova" wird im Juni 1920 Europa verlassen und im Oktober die Südpolarfahrt von Neuseeland aus antreten. Der Flug zum Südpol soll dann im Dezember 1920 von der Walfischbai am Rande des Roß-Barriere-Eises bei günstiger Witterung stattfinden. Die Entfernung bis zum Südpol beträgt 1300 Kilometer. Das Flugzeug kann drei Personen, einen Schlitten, Proviant für einen Monat und eine photographische Ausrüstung mitnehmen. Auf einer Zwischenstation, die etwa in 85 Grad südlicher Breite errichtet wird, soll der zunächst nicht gebrauchte Benzinvorrat deponiert werden, damit das Flugzeug entlastet wird und den Flug über das 3000 Meter hohe Gebirge unternehmen kann. Der Südpol ist von dort aus noch 600 Kilometer entfernt, und man nimmt an, daß das Flugzeug diese Strecke, zu er man mit Hundeschlitten 55 Tage braucht, in einem Tage zurücklegen kann. Die Aufgabe stellt an das Flugzeug verschiedene technische Anforderungen ganz besonderer Art. Zunächst müssen die Motoren und deren Zündvorrichtungen das Fliegen in stürmisch bewegter, von Schneetreiben erfüllter Luft bei 30 bis 40 Grad Kälte ermöglichen. Auch die richtige Orientierung bei bewölktem Himmel oder Nebel bereitet Schwierigkeiten, da die Richtkraft der Magnetnadel nachläßt; die Kompasse müssen daher eine 5mal größere Empfindlichkeit aufweisen als in unsern Gegenden. Die bereisten Berge am Südpol steigen in ihren höchsten Erhebungen bis zu 4500 Metern an, so daß der Flieger bei unfreundlichem Wetter sich in der Höhe von etwa 5000 Metern halten muß.

Stadttheater: Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr wird das Lustspiel „Tartüff" von Molière gegeben, Donnerstag „Femina", Freitag „Der Bettelstudent", Sonnabend „Das Dreimäderlhaus", Sonntag nachm. Volksvorstellung „Herrschaftlicher Diener gesucht", Sonntag abend „Die Arrianerin".

## Versammlungs-Kalender

**Naumburg.** Donnerstag, abend 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schützenhaus". Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200602-11/fragment/page=0006